

Arbeiter-Zeitung

Donnerstag, 13. November 1930
12. Jahrgang. Nummer 205

erschint täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtage. Bezugspreis: Vierteljährlich 48 Pf., 12 Hf. Vorkosten = 60 Pf., monatlich 2,10 Mk. + 50 Pf. Vorkosten = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,80 Mk. unter Streifenband 8 Mk. Anzeigenpreis: Die Leihzeitung Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Kellamerspreis: Die Leihzeitung Millimeterzeile oder deren Raum im Zeit 70 Pf. — Schluss der Inseratannahme in der Hauptabteilung um 5 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50. Tel. 560 84.
Postredaktion: Breslau 544, Reibstien: Breslau, Krasnitzer
Straße 50. Tel. 230 02. Geschäftsstelle der Redaktion: Breslau 19-12,
Montag bis Freitag von 17 bis 18 Uhr. Filialredaktionen:
Sindenburg, Kronprinzenstr. 260. Eingang: Waisenstr. Tel. 20704
Oppeln, Wallerstraße 11, Tel. 1864; Gollitz, Markt 6, Tel. 2384.
Verlag: Schölsche Verlagsgesellschaft m. B. G., Breslau. — Druck:
„Pabst“, Filiale Breslau, Krasnitzer Straße 50.

Sozialdemokrat Singheimer verteidigt den Lohnraub

Neue Massenansperrung und Massenentlassungen — Regerversteuer in Breslau beschlossen

Wir haben gestern bereits kurz mitgeteilt, daß der Sozialdemokrat Singheimer versucht, seinen Lohnraub zu verteidigen. Um die ungeheure Empörung, die insbesondere unter den Berliner Arbeitern ausgebrochen ist, etwas abzumildern, läßt er eine Erklärung verbreiten, in der er nicht nur bestreitet, daß er deshalb für die Lohnsenkung gestimmt hat, weil er für allgemeine Lohnsenkung ist, sondern daß er nur um den sofortigen Lohnabbau in Berlin zu verhindern, seine Stimme dafür abgegeben hat.

Daß dies nichts weiter als eine elende Heuchelei ist, haben wir gestern bereits aufgezeigt. Wer der sozialdemokratische Lohnrauber Singheimer bringt es außerdem fertig, die Mitteilung zu verbreiten, daß es unzutreffend sei, wenn behauptet wird, der Lohnraub in Berlin soll den allgemeinen Lohnabbau einleiten. Diese Unverschämtheit ist ein so starkes Stück, daß es in der Tat erstaunlich ist, woher Singheimer den „Mut“ zu solcher Verteidigung hernimmt, wo er genau weiß, daß dieser Lohnraub einer der wesentlichsten Bestandteile des Brüning'schen Hungerprogramms ist. Die Ungeheuerlichkeiten, die gerade auch in diesem Teil der Singheimer-Verteidigung liegen, werden aber durch folgende Meldungen in das richtige Licht gestellt:

13 000 Metallarbeiter in Bielefeld ausgesperrt

Bielefeld, 11. November. Heute wurden in allen Metallbetrieben Bielefelds durch die Unternehmer Anschläge ausgehängt, die lauten:

„Da die Belegschaften der Anker-Werke und der Metallwarenwerke Schwarze in den Streik getreten sind, kündigen wir als Gegenmaßnahme unsere Belegschaften mit dem heutigen Tage.“

Durch diesen brutalen Faustschlag der Metallgewaltigen werden rund 13 000 Metallarbeiter ausgesperrt. Ein Teil der Betriebe wird bereits morgen stillgelegt und der Rest der Belegschaften soll übermorgen ausgesperrt werden.

Gesamtentlassung im oberpfälzischen Bergbau

Amberg (Oberpfalz), 11. November. Der Arbeitgeberverband im oberpfälzischen Erzbergbau und in der Hüttenindustrie hat der gesamten Belegschaft zum 17. November gekündigt. Neue Schlichtungsverhandlungen finden morgen in Nürnberg statt.

Vor einem neuen Arbeiterabbau auf der Donnerstagsmarchhütte

Sindenburg. Seitens der Verwaltung der Donnerstagsmarchhütte ist an zuständiger Stelle eine bevorstehende Einschränkung des Betriebes

im Eisenbau und ein Abbau von 100 Arbeitern angezeigt worden. Auch im Betriebe der Röhrenlegerei macht sich eine Lähmung bemerkbar.

Gestern haben wir über den eingeleiteten Lohnabbau im Bergbau für Schlesien und Oberschlesien berichtet. Aus dem Ruhrgebiet wird heute das gleiche berichtet. Diese Tatsachen zeigen mit eindringlichster Deutlichkeit, was es mit der Verteidigung Singheimers auf sich hat.

Daß Berlin das Signal sein sollte zu dem allgemeinen Lohn-

abbau, und der Sozialdemokrat Singheimer es gewesen ist, diese Tatsache kann kein Verteidigungsversuch aus der Welt schaffen. Aber ebensowenig wird die Tatsache bestritten werden können, daß Singheimer durchaus nicht bloß im Sinne der Ullrich u. Co. vom DWA in Berlin diesen Lohnraub initiiert hat, sondern daß dies auch dem Willen der gesamten Gewerkschaftsbürokratie entspricht. Das ist das Bedenkliche an diesem sozialdemokratischen Schandstück, und diese Tatsache muß der gesamten Arbeiterschaft die ungeheure Gefahr signalisieren, die durch den Berliner Schandspruch heraufzieht, und die nur gebannt werden kann, wenn im Sinne der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Massen zur Abwehr mobilisiert werden.

Der neue Steuerraub für Breslau diktiert

Einführung der Bürger-, Bier- und Getränke-Verzehrssteuer. Arbeiter, Mittelstand, wehrt euch!

Breslau, 12. November. Der Magistrat Breslau genehmigte in seiner gestrigen Sitzung die Bürgersteuer, die Biersteuer und die Getränke-Verzehrssteuer. Der Form halber soll eine diesbezügliche Vorlage der nächsten Sitzung unterbreitet werden. In Wirklichkeit ist es so, daß das Stadtparlament nichts zu sagen hat. Gleichviel, ob sich eine Mehrheit für die Genehmigung der neuen Ausplünderungssteuern findet oder nicht, die Steuern werden durchgeführt werden. Der Stadtkämmerer hatte bekanntlich im Ausschuss bei der Verlinkung der Grundvermögenssteuer-Erhöhung in nicht mißzuversehender Weise erklärt, daß er verpflichtet ist, die Regerver- und Getränkesteuer auf dem schnellsten Wege einzuführen, tue er es nicht, so werde ein Staatskommissar eingesetzt, d. h. die Selbstverwaltung der Stadt Breslau endgültig aufgehoben und die Steuer diktiert werden.

Der Angriff auf die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung nimmt immer brutale Formen an. Was heute in Breslau gemacht wird, wird schon morgen und übermorgen in den anderen Städten Schlesiens und Oberschlesiens ebenfalls getan werden. Lohn- und Gehaltsabbau, Verschlechterung der Erwerbslosen- und Arbeitsunterstützung, Erhöhung der Mieten in den Alt- und Neubauwohnungen — nun kommt die Bier- und Getränkesteuer, und die unsozialste aller Steuern, die Bürgersteuer.

Im Breslauer Stadtparlament haben sich in der letzten Sitzung alle Parteien — von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten — für die diktatorische Durchführung der Mieten-erhöhung erklärt. Sie werden dieselbe Haltung auch bei den weiteren Steuern einnehmen. Nur die kommunistische Partei protestiert gegen die weitere Belastung der Werktätigen und ruft auf, sofort den breitesten Abwehrkampf aufzunehmen.

Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Zentrumsmann, ob parteilos — ob Arbeiter, Angestellter, Beamter — ob Gewerbetreibender, ob kleiner Geschäftsmann — alle werden auf das schwerste getroffen, alle werden noch mehr als bisher zu hungern und zu dursten haben, herbei die Besessenen geschont bleiben. Die herrschende Klasse wälzt alle Lasten der Wirtschaftskrise und der Krisenmaßnahmen auf die Schultern der Werktätigen ab. Dagegen gilt es Sturm zu laufen. Dagegen gilt es, unter Führung der kommunistischen Partei, den breitesten Abwehrkampf aufzunehmen.

Der Sozialdemokrat W. Müller

klagt in der „Arbeiter-Zeitung“ die Führer der SPD. als Stützen des Faschismus an

Siehe I. Beilage.

Zwei neue Grubenunfälle in O.G.

Ein Toter, zwei Schwerverletzte

Sindenburg, 11. November. Auf der Ludwigsgrube ereignete sich gestern nachmittag ein schwerer Unfall. Im Hochhammerflöz war eine Arbeitsgruppe mit dem Ausbau ihrer Arbeitsstelle beschäftigt, als ein harter Gebirgssturz einsetzte. Drei Arbeiter wurden verschüttet. Der Bauer Stawarski aus Sindenburg konnte trotz sofortiger Aufnahme der Rettungsarbeiten nur tot geborgen werden. Die beiden anderen Arbeiter, darunter Betriebsratsmitglied Bräuer, erlitten schwere Verletzungen. Besonders ist der Zustand Bräuers bedenklich. Die Verletzten wurden in das Anapophysitenkrankehaus Kollmitz eingeliefert, während die Leiche von Stawarski nach dem Sindensburger Anapophysitenkrankehaus gebracht wurde.

Auf der Hedwigswunschgrube erlitt der Häuer Ullrich aus Sindenburg durch Kohlenfall eine schwere Kopfverletzung. Er wurde in das Anapophysitenkrankehaus Sindenburg eingeliefert.

Der berühmte Medizinalrat Spieder nach Duisburg versetzt

Beuthen. Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Spieder aus Beuthen, gegen den vor einem Monat im Landgerichtsgebäude in Beuthen von bisher unbekanntem Täter ein Bombenattentat verübt wurde, ist mit Wirkung vom 1. Dezember d. J. als Gerichtsarzt nach Duisburg versetzt worden.

In Oberschlesien wird kein Werttätiger diesem Namen eine Kränze nachweihen; vielmehr wird der Weggang eines Arztes wie Spieder, der als Vertrauensarzt sehr vielen Kriegs- und Arbeitssopfern die lange Rente raubte, nur begrüßt werden. Der Boden ist ihm unter den Füßen zu heiß geworden, und da solche Leute wie Spieder unentbehrliche Werkzeuge dieses kapitalistischen Systems gegen die arbeitende Klasse sind, so wird er auf alle Fälle gehalten. In Duisburg soll Sp. sein Unwesen weitertreiben! Die dortige Arbeiterschaft wird diesem „Vertrauens“arzt, mit einer solchen „Empfehlung“, besonders Aufmerksamkeit schenken müssen.

Kommunisten im Landtag für verkürzte Arbeitszeit der Breußag-Betriebe

Die kommunistische Fraktion im Preussischen Landtag hat folgenden Antrag zur Arbeitszeit in den Breußag-Betrieben, der in den nächsten Sitzungen des Landtages zur Beratung steht, eingereicht:

Antrag.

Schwarz, Rasper, Sobotta, Selbmann, Wajtkowski, Wolweber, Schlag, Abel und die übrigen Mitglieder der Fraktion der kommunistischen Partei:

Die Staatsregierung hat in ihren Richtlinien zur Behebung der Arbeitslosigkeit u. a. auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf 4 Stunden in der Woche angeführt. Die Staatsregierung hat jedoch die Möglichkeit, in den staatlichen Betrieben, wie in der Preussischen Bergwerks- und Hütten-Ges., deren Aktien sich fast ausschließlich in den Händen der Staatsregierung befinden, von sich aus eine sofortige Verkürzung der Arbeitszeit durchzuführen. Die Preussische Bergwerks- u. Hütten-Ges. hat in den Monaten von Januar bis Oktober Tausende von Bergarbeitern entlassen, während der Bruttogewinn der Gesellschaft in den letzten Jahren ständig gesteigert wurde.

Der Landtag wolle daher beschließen:

Das Staatsministerium wird ersucht, folgendes zu veranlassen:

1. Die Arbeitszeit auf den Schachtanlagen der Breußag wird unter Tage auf 6 Stunden einschließlich Ein- und Ausfahrt, über Tage auf 7 Stunden herabgesetzt. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit darf eine Verabfolgung des

Schichtlohnes für die Schichtführer und der Gebirgsführer für die Gebirgsarbeiter nicht erfolgen.
2. Im Rahmen der durch die Arbeitszeitverkürzung erreichten Neubeschaffung von Arbeitsmöglichkeiten werden die von der Breußag seit Januar 1930 entlassenen Bergarbeiter wieder eingestellt.

Berlin, den 4. November 1930.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaftsführer fordern jetzt auch die Verkürzung der Arbeitszeit; der Unterschied zwischen ihnen und den Kommunisten ist nur der, daß sie natürlich hierbei, wie die Reichsregierung, an eine Verkürzung der Arbeitszeit bei entsprechender Lohnsenkung denken. So verfahren, bedeutet das eine Senkung der jetzigen Hungerlöhne um weitere 15 bis 20 Prozent. Dieser Weg zur Verringerung der Erwerbslosenarmee auf Kosten der im Produktionsprozeß stehenden Arbeiter muß auf das härteste bekämpft werden. Zu erwarten ist, daß der kommunistische Antrag von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten auf Widerstand stoßen und abgelehnt wird. Deshalb muß branzen in den Betrieben und auf den Stempelsteinen der Kampf um den Sechsstundenarbeitstag bei vollem Lohnausgleich, auf Wiedererreichung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß unter der Führung der SPD, organisiert und geführt werden. Schafft starke Betriebsgruppen der SPD! Sie erleichtern die Auslösung des Kampfes um Arbeit und Brot!

Preissenkung, lediglich theoretischen Charakters

„Ein Taschenspielerkunststück“ — 5 Pfennig Preissenkung zugunsten der Agrarier — Das Kleingewerbe soll bluten — Die Erzeuger bleiben unangelaßt — Das gesamte Kleingewerbe muß unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei, der KPD., kämpfen

Unter größtem Getöse freilich die Sorge um die Preis- senkungsaktion der Reichsregierung und gebaren ein Mühseln.

Die erstaunte Welt erfuhr gestern, daß es gelungen wäre, die Bäder und die Fleischer Berlins zu überreden, das Normalbrot von 1250 Gramm ab 13. November von 50 auf 48 Pfennig und das Schweinefleisch im Detailhandel um 15 Pfennig pro Pfund zu senken. Es war aber noch nicht Abend, da teilten die Berliner Brotfabriken mit, daß sie nur eine Preissenkung von 50 auf 48 Pfennig zugesagt hätten, und zwar nur für die Dauer von zwei Monaten. Der Fleischer- verband erklärte seinerseits wörtlich:

„Der Beschluß besagt nicht etwa, daß von Stunde an der Preis für Schweinefleisch um den genannten Betrag herabgesetzt werden soll. Man habe sich nur bereit erklärt, um 5 Pfennig billiger zu kalkulieren.“

Also mit anderen Worten: Es bleibt vorläufig alles beim Alten. Selbst die bürgerliche Presse muß wohl oder übel diese „große Aktion“ als ein Taschenspieler- kunststück bezeichnen, woran wir ja von vornherein nie ge- zweifelt haben. So bleibt am späten Abend nur der kümmer- liche „Trost“, daß die Regierung meinet, sie würde noch am Dienst- tag abend zu einer neuen Sitzung zusammentreten, „um vor allem ja der Frage der Preissenkung nochmals Stellung zu nehmen.“

57 Pfennig gegen 4,60 Mark

Unter Zugrundelegung der ersten, später aber als unrichtig bezeichneten Meldungen errechnete die „S. J. am Mittag“, um wieviel billiger eine vierköpfige Familie einkaufen könnte. Da- bei berechnet sie in der Woche vier Mal anderthalb Pfund Schweinefleisch, was sich bestimmt keine Arbeiterfamilie leisten kann. Das Blatt kommt bei seiner Berechnung zu folgendem Ergebnis:

„Das sind zusammen wöchentlich 57 Pf. Der achtprozentige Lohnabbau für einen Metallarbeiter macht durchschnittlich in der Woche mindestens 3,20 M. aus.“

In genauen Ziffern ausgedrückt, wirkt sich der Lohnraub folgendermaßen aus: Für gelehrte Metallarbeiter 4,60 Mark in der Woche, für angelernte Metallarbeiter 4,04 Mark, für un- gelehrte Metallarbeiter 3,08 Mark, für Frauen 2,88 Mark.

Kein allgemeiner Preisabbau

Die offizielle „Industrie- und Handelszeitung“ wendet sich in einem Artikel vom 11. November gegen die Befürchtungen der Industriellen, daß vielleicht von der Regierung doch ein allgemeiner Preisabbau geplant sei. Das wäre nicht geplant. „Es kann also“, so schreibt die „S. und S.“, „konsequenterweise nur eine Preisermäßigung in bestimmten Warengruppen gefor- dert werden, und zwar in denen, die durch die unwirtschaft- lichen Verschleudungen begünstigt waren oder sind.“

Das „Tempo“ spricht vom „lediglich theoretischen Charakter“ der Preissenkung.

Preissenkung zugunsten der Agrarier

Der „Berliner Börsenkurier“ hängt der Sache die Schelle an, wenn er darauf hinweist, daß die Regierung „zwei einander widersprechende Ziele“ gleichzeitig verfolgt: bessere (d. h. höhere. D. Reb.) Preise für die landwirtschaftlichen Erzeuger, niedrigere Preise für den letzten Verbraucher. Wie das mit der Preis- senkung für den Verbraucher aussieht, das erfahren wir eben- falls aus dem „Börsenkurier“. Am Beispiel des Schweine- fleisches führt er wörtlich folgendes aus:

„Da jedoch trotz der im allgemeinen sinkenden Tendenz, der Durchschnittspreis der Schweine um 10 Reichsmark zur Zeit ge- liegen ist, zahlt der Verbraucher das gleiche wie zuvor, und die an der Handelsbörse erparten 5 Pfennig kommen nicht ihm, sondern dem Landwirt zugute.“

Das ist durchaus richtig und enthüllt die Bedeutung dieser „Preissenkungsaktion“. Bereits vor ein paar Tagen erinnerten wir darauf, daß die Brüning-Regierung durch die Erhö- hung der Zölle auf Weizen und Schweinefleisch das gerade Gegen- teil von einer Preissenkungsaktion unternahm. Bei Tage befehen sieht die Sache so aus, daß der Fleischer auf 5 Pfennig Profit zugunsten des Agrariers verzichten soll, während die proletarische Hausfrau trotz der Kürzung der Löhne ihr Fleisch nach wie vor zu demselben Preis kaufen muß, vorausgesetzt, daß sie überhaupt noch Fleisch kaufen kann.

Das Kleingewerbe soll bluten

Wir Kommunisten hatten immer eine radikale Preissenkung gefordert. Auch dann würden die bisher gezahlten Löhne noch zu niedrig sein.

Es muß aber ausgesprochen werden, daß die von der halb- schichtlichen Regierung Brüning zur Linderung der Arbeiter, denen man die Löhne auf der ganzen Linie senken will, man- pulierte „Preissenkung“ eine Aktion ist, die sich beileibe nicht gegen die Erzeuger richtet, sondern gegen das Kleingewerbe. Nach dem Lohnabbau der Arbeiter, der Einkommensabbau beim Kleingewerbe.

Wir sprechen hier nicht für die Warenhäuser oder die Luxusgeschäfte der Bourgeoisie. Wir denken an die Millio- nen halbroletarischer Existenzen des Klein- gewerbes, die in den letzten Jahren schon schwer genug zu kämpfen hatten und die von der eisernen Ferkel des Kapita- lismus benutzlos rücksichtslos in den Kreis der Vernichtung hineingetrieben werden, wie die Arbeitslosen und die Wohlfahrtsempfänger.

Dieses Kleingewerbe ist längst nur noch der Handlanger der großen Kräfte und des Großhandels und deren Preisdiktat unterworfen. Die Aufhebung der Zwangsverwaltung für gewerbliche Räume hat sie dem Mietwucher ausgeliefert. Als Belohnung der häßlichen Takte für Gas, Wasser, Elektrizi-

tät, Transport und Verkehr, die Erhöhung der Reichs- und Ländersteuer, jetzt die bevorstehende oder schon zur Tat gewor- bene Einführung der Brüning'schen Diktatursteuern haben das Kleingewerbe in seinen ärmsten Schichten vollkommen ruiniert.

Bei gleichzeitigem Rückgang des Umsatzes infolge Arbeitslosigkeit und Lohnsenkung sind alle Unkosten für das Kleingewerbe gestiegen. Steuererhöhungen gibt es nicht; nur für die Großen. Bei ihm ist gleich der Gerichtswohlfahrer.

Wenn man bedenkt, daß selbst nach statistischen Angaben in dem bisher abgelaufenen Jahr der Konsum um mehr als eine Milliarde Mark zurückgegangen ist und der Ausfall von drei Millionen Arbeitslosen aus der Produktion einen Lohn- summenausfall von rund zehn Milliarden bedeutet, so bedarf es keiner weiteren Worte, um die katastrophalen Auswirkungen auf das Kleingewerbe zu schildern.

Den Großen wird's gegeben

Bei der Brüning-Regierung handelt es sich nicht um einen Akt der Nächstenliebe, sondern um die sehr reale politische Ueberlegung, die bedrohlich wachsende Mißstimmung und Empörung im Volk durch verbilligte Brosamen vom Tische des „christlichen“ Zentrums abzuschwächen. Für diese Aktion ist das ruinierte Kleingewerbe gerade gut genug.

Die Großen dagegen, besonders die Rittergutsbesitzer in Ostelbien, sind gut Freund im Hause Brüning-Schleie und haben nicht nur nichts zu einer Preissenkung beigetragen, sondern sie bekommen auch noch Hunderte von Millionen an Steuererlösen als Geschenke in Form der sogenannten „Dihilfe“, Preisstützung und Kredite in den Rücken geworfen. Diese Millionenäre zu zwingen, auf einen Teil ihrer Riesengewinne zu verzichten,

dazu reicht die Macht der Regierung nicht, denn es sind ja ihre Auftraggeber. Dasselbe gilt auch von der Industrie.

Gegen Arbeiter und Kleingewerbetreibende kann man mit Staatsmitteln rücksichtslos vorgehen, ob das nun Zwangs- schiedsprüche, gewerbliche Zwangsmaßnahmen, Summenbüffel oder Maschinenengewehre sind. Hier entfällt die kapitalistische Charakter der Regierung Brüning mit aller wünschenswerten Deutlichkeit. Heute werden auch Millionen Kleingewerbetreibende die volksfeindliche Rolle des „Marken Mannes“ Brüning erkennen, dem sie zum Teil noch vor dem 14. September zugejubelt haben.

Ein wirklicher Preisabbau ist nur möglich,

wenn die gesamte Produktion der Landwirtschaft und der In- dustrie aus den Händen des Privateigentums ge- rissen wird, wenn an Stelle der anarchischen kapitalistischen Pro- duktionsweise eine planvolle sozialistische Wirtschaft tritt. Mit anderen Worten: die Frage der Preisbildung als eine Teil- frage der heutigen kapitalistischen Krise kann im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht mehr gelöst werden. Darüber können auch nicht lächerliche Bagatelle hinwegtäuschen, die auf Kosten des verarmenden Kleingewerbes durchgeführt werden.

Arbeiter und verarmtes Kleingewerbe, sie gehören zu- sammen im gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus und die bestehende Klasse, die ihre schwankende Herrschaft nur noch mit Gewalt aufrechterhalten kann, indem sie die untersten Schichten der Vernichtung preisgibt. Durch den Sturz des ka- pitalistischen Systems allein kann auch die Preisfrage so gelöst werden, wie es den Interessen des werktätigen Volkes entspricht. Die KPD. als Führerin des Proletariats ist auch die Partei der verarmten Mittelschichten.

Berliner Bauhändler streifen weiter

In 32 Betrieben Lohnraub abgewehrt und zehn Pfennig Lohnerhöhung durchgeführt

In einer Branchenversammlung der streikenden Bau- und Metallhändler wurde berichtet, daß bereits in 32 der be- streikten Betriebe mit etwa 400 Beschäftigten die Forderungen der Streikenden auf Verhinderung jeden Lohnabbaus und einer Lohnerhöhung von 10 Pf. schriftlich anerkannt worden sind. Am Freitag dieser Woche finden wiederum Verhandlungen statt. Die streikenden Bau- und Metallhändler sind nach ihrem 4½- wöchigen Streik trotz des Schiedspruches für die Berliner Me- tallindustrie gewillt, jeden Pfennig Lohnabbau abzuwehren.

zu Streikbrucharbeiten heranzuziehen. Die Streikleitung der Kohlenakfordarbeiter hat einen Appell an die werktätige Be- völkerung Berlins erlassen, in dem aufgefordert wird, die kleinen Kohlenhändler zu überwachen, um Streikbrucharbeiten zu ver- hindern.

Nordherner Textiler streiken weiter

Der Streik der Nordherner Textilarbeiter geht vorwärts weiter. Die KPD. gewinnt täglich größeren Einfluß. Bisher sind bereits 130 Textilarbeiter der KPD. beigetreten und 33 für die KPD., 11 für den KFD. und 18 Abonnenten für die kommunistische Zeitung gewonnen worden.

DMV-Bürokrat empfiehlt Lohnabbau

In den Lüneburger Eisenwerken ist der Streik abgebrochen worden, nachdem sich die Eisenwerksdirektion „verpflichtet“ hatte, die über den Schiedspruch des Vormonats von 5 Prozent Lohnabbau hinausgehenden Lohnabzüge zurückzuzahlen. Der DMV-Bürokrat Hübnert empfahl die Wiederaufnahme der Arbeit zu den Bedingungen des 5prozentigen Lohnabbaues.

Ründigung in der Oberpfalz

Der Arbeitgeberverband im oberpfälzischen Erzbergbau und in der Hüttenindustrie in Amberg (Oberpfalz) hat der gesamten Belegschaft zum 17. November gekündigt. Schlichtungsverhand- lungen sind für Dienstag nach Nürnberg anberaumt worden.

Ausperrung in Bielefeld

Bielefeld, 11. November. Die Unternehmer der Bielefelder Metallindustrie sperren sämtliche Arbeiter aus. Nach den offi- ziellen Meldungen sollen davon 8000 bis 9000 Arbeiter der Betriebe betroffen werden, die dem Arbeitgeberverband der Bielefelder Metallindustrie angehören. Lehrlinge und Wochen- löhner sind von der Aussperrung ausgenommen.

Der Streik der Berliner Kohlenakfordarbeiter

Die Berliner Kohlenakfordarbeiter streiken bereits die zweite Woche geschlossen unter Führung der KPD. gegen einen Abbau ihrer Akfordlöhne und für Einreihung in die Sozial- versicherung.

Die Kohlenfuhrunternehmer, die sich bisher vergeblich be- müht haben, Streikbrecher heranzuziehen, gehen jetzt dazu über, Kleinkohlenhändler und die bei ihnen beschäftigten Austräger

Der parteifeindliche Blod der Rechten und Linken in der KPSU.

Moskau, 10. November. In einem Artikel über den prin- zipienlosen parteifeindlichen Blod in der KPS. der Sowjetunion schreibt die „Pravda“:

Der Blod der Rechten mit den „Linken“, an deren Spitz- Spitzow und Lominad, e stehen, unternimmt eifrigst Ver- leumdungen gegen unseren Staats- und Wirtschaftsapparat. Die böswilligste Demagogie wird in Gang gesetzt, um den Apparat der proletarischen Diktatur vor den breiten Massen der Wert- tätigen zu diskreditieren.

Reichskonferenz der KPD.

Das Reichsleitende der KPD. hat für den 15. und 16. No- vember eine Reichskonferenz nach Berlin einberufen. Die Tages- ordnung der Konferenz lautet: 1. Bericht vom 5. KZ.-Kongress unter Berücksichtigung der letzten Ereignisse in Deutschland. 2. Das Programm der KPD. und ihr organisatorischer Aufbau. 3. Disziplinierungs- und Betriebsratswahlen.

Die Heuchler schweigen die enorme Arbeit, die die Arbeiterklasse in den letzten Jahren unter der Führung der Partei geleistet hat, um die Arbeit unseres Apparates zu ver- billigen, zu vereinfachen, ihn von Klassenfremden bürokratischen Elementen zu säubern und diese durch aus den Betrieben heran- gezogene Arbeiter zu ersetzen. Die Opportunisten vom Blode der Rechten mit den Linken ignorieren solche Tatsachen, wie den Personalabbau des Staatsapparates um 30 Prozent, Be- besserung der organisatorischen Formen der Leitung der Indu- strie, des Finanzwesens, der Genossenschafts- und Waren- aufbringungsorgane, die Abschaffung vieler überflüssiger Einzel- teile des Apparates, die Massenschaffung der Arbeiter über den Staatsapparat und viele andere ähnliche Tatsachen.

Welche neuen praktischen Maßnahmen empfehlen die neu- erfundenen Beschützer der Arbeiterklasse vom prinzipienlosen Blod der Rechten mit den Linken zur Verbesserung der Arbeit des Apparates? Absolut kei e.

Alle ihre Verleumdungen verhüllen lediglich ihre oppor- tunistische Abneigung, die bürokratischen Entstellungen im Staatsapparat tatsächlich zu bekämpfen. Indem wir den rechten Abweichlern (den Trägern der Hauptgefahr für unsere Partei), die sich mit den Schädlin- en in unserem Staatsapparat zu- sammenzuschließen und die unseren Klassenfeinden helfen, auf den schwächeren Teil des Staatsapparates einzuwirken, schonungs- lose Arbeit leisten, müssen wir gleichzeitig die „linken“ Oppor- tunisten und ihren mit den Rechten gebildeten Blod entschieden bekämpfen. Wir bekämpfen sie in der Erkenntnis, daß dieser Blod sich mit der Gruppe Spitzow-Lominadse auf der Plattform verhängt hat, die sich in allen Hauptfragen mit der Plattform der Rechten deckt.

Die Rebellion im Lager der SPD.

Ein sozialdemokratischer Funktionär schreibt der „Arbeiter-Zeitung“

Schwere Anklagen gegen die zwölfjährige Verrats-Politik der SPD. — Er stellt fest: So wie der Kampf der SPD. jetzt gegen den Faschismus geführt wird, kann er nicht von Erfolg sein!

Nachstehend geben wir die gestern von uns angekündigte Aufschrift des Sozialdemokraten W. Müller, Breslau, wieder. Sie enthält seine Rede, die er in der letzten, so überaus stürmisch verlaufenen Funktionärerversammlung seiner Partei gehalten hat. In dieser Versammlung hatte der „linke“ Reichstagsabgeordnete Ziegler, der sich am 18. Oktober nicht an der Abstimmung beteiligte, über seine Einstellung Bericht erstattet. Die Sperrungen in der Rede führen vor aus.

In die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“
Werte Genossen!

In Eurem Bericht der Sonnabend-Nummer über die Funktionärerversammlung der SPD. schreibt Ihr, daß die Linke ihr Betrugsmandat fortsetzt. Ich nehme an, daß Ihr über den wirklichen Verlauf der Versammlung schlecht unterrichtet seid, sonst könntet Ihr nicht diese Wendung gebrauchen. Zugabe sei, daß mit dem Wort „links“ und „radikal“ innerhalb der SPD. schon viel Mißbrauch getrieben worden ist. Auch Frey und Winger haben sich einmal links genannt. Aber die heutige Massenrebellion steht bereits auf einer ganz anderen Stufe als die früheren Jahre. Es erscheint mir daher notwendig, daß das neu aufkeimende Vertrauensverhältnis zwischen der entschiedenen Opposition der SPD. und der KPD. nicht durch eine teilweise unrichtige Verichterstattung getrübt wird. Aus diesem Grunde übersende ich Euch meine Rede, die ich in der Funktionärerversammlung gehalten habe, deren Wortlaut zeigen wird, daß Eure Kritik unbeschränkt ist. Es folgt nun die Rede:

Genossinnen und Genossen! Genosse Ziegler hat hier ein Wort von Braun zitiert. „Wenn wir uns vor einiger Zeit etwas mehr hätten gefallen lassen, dann brauchen wir uns jetzt nicht soviel gefallen zu lassen.“ Ich möchte dieses Wort dahin variieren: „Wenn wir uns nicht von unserer Parteileitung zwölf Jahre lang eine solche verwaschene, vollkommen verfehlte Politik hätten gefallen lassen, dann brauchen wir heute nicht die Frechheiten eines Hitler zu ertragen.“

Die Ursache unserer Niederlage ist ja gerade das dauernde Nachgeben gegenüber rechts gewesen. Stellt euch vor, daß ein Mann mit einem Schnupfen zum Arzt käme, und daß der Arzt ihm verordnen würde, zwei Stunden lang mit durchnässten Kleidern bei 10 Grad Kälte im Freien zu lampieren. Ihr würdet diesen Arzt für verrückt erklären. Dasselbe aber verlangt man jetzt von uns in politischer Beziehung. Man will also den Faschismus mit denselben Mitteln bekämpfen, durch die wir in die jetzige ausweglose Situation gekommen sind. Das Wachsen der faschistischen Gefahr ist aber keine speziell deutsche Erscheinung, sondern ein Ergebnis der Weltwirtschaftskrise. Der Kapitalismus kann seine Welt Herrschaft nur noch auf höchstens ein Jahrzehnt verlängern, wenn es ihm gelingt, China und Indien als festes Aufnahmefeld für die Kapitalanlage zurückzugewinnen. Das heißt den Sieg der bürgerlichen Revolution und die völlige Liquidierung des Feudalismus in diesen Ländern voraus. Das ist aber nicht möglich, ohne daß zugleich die Bedingungen für den Sieg der proletarischen Revolution geschaffen werden. Die Rückeroberung Asiens ist für den Kapitalismus unmöglich, solange die Sowjetunion besteht, die jetzt Europa überflutet, ist nichts anderes, als der Versuch, Europa sturmreif zu machen für den Kampf gegen die Sowjetunion. Der Kapitalismus ist aber nur dann wieder auf ein Jahrzehnt erhaltensfähig zu machen, wenn es gelingt, diesen Kampf noch vor der Beendigung des grandiosen Aufbaus der Sowjetunion zu beginnen, wenn es gleichzeitig gelingt, alle Kräfte der Weltwirtschaftskrise und der Reparationszahlungen reflexlos auf die Schultern der breiten Masse abzumwälzen. Jede deutsche Regierung, die nicht am kapitalistischen System rütteln will, muß diesen Verelendungsvorgang aktiv fördern, die Löhne noch weiter senken, und die Massen Steuern noch weiter erhöhen; sie muß gleichzeitig das Kapital noch mehr entlasten. (?)

Das wäre auch nicht anders, wenn Severing oder Hermann Müller wieder in der Regierung säßen. Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen, und wer das stuchwürdige System des Kapitalismus aufrechterhalten will, der muß auch dafür sorgen, daß es erhaltensfähig bleibt. Das hat unsere Partei seit zwölf Jahren getan.

Das ist jetzt mir noch möglich, wenn die Verelendung der Arbeiterklasse auf die Spitze getrieben wird, wenn auf der anderen Seite das Kapital soweit entlastet wird, daß es in Deutschland seine Durchschnittsprofitrate durchsetzen kann. Sonst wandert das Kapital ab und keine Regierung, die nicht gewillt ist, das Kapital reflexlos zu enteignen, kann es daran hindern. Wir sind stolz darauf, daß es ein Breslauer Reichstagsabgeordneter war, der als erster die Fahne der Rebellion gegen das Diktat des Fraktions- und Parteivorstandes erhoben hat. Wir hoffen, daß bald weitere folgen werden. Wir erblicken in dieser Handlung ein Symbol, daß mit der Haltung Karl Liebknechts im Weltkriege vergleichbar ist.

Aber so wie Liebknechts Schritt der Auftakt zu der damals notwendigen Spaltung war, so ist heute Zieglers Schritt der Auftakt zur Wiedervereinigung des Proletariats auf revolutionärer Grundlage. Die Spaltung war damals notwendig, weil die 2. Internationale vollkommen versagt hatte und auf der anderen Seite der Barrikaden stand.

Voraussetzung für die Wiedervereinigung des Proletariats ist natürlich die Beseitigung der Ursachen, die zur Spaltung führten. Die Hauptursache aber war die reformistische Einstellung unserer Parteileitung. Die Wiedervereinigung war nicht möglich, solange die Labilität für die Möglichkeit der reformistischen Theorie

sprechen. In den Jahren 1924—28 ging es scheinbar ständig bergauf. Bei der Stabilisierung waren die Löhne auf ungefähr 60 Prozent der Vorkriegslöhne fixiert. Langsam näherten sie sich wieder der früheren Höhe. Solange hatten die Reformisten scheinbar recht. Aber diese Entwicklung ist jetzt zu Ende und wird niemals wiederkehren. Eine soziale Errungenschaft nach der anderen wird abgebaut. Aber wir stehen erst im Anfang dieser Entwicklung. Alles, was unser genialer Führer Karl Marx vor 75 Jahren vorausgesagt hat, tritt jetzt ein.

Wer jetzt noch das System des Kapitalismus aufrechterhalten will, muß einverstanden sein mit der brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse und auch mit dem Kriege gegen die Sowjetunion.

Aber auch, wenn dieser blutige Weg bis zu Ende gegangen wird, muß in kurzer Zeit eine neue Weltkatastrophe erfolgen.

Es gibt jetzt keinen Ausweg mehr. Es ist keine Freiwilligkeit, wenn wir das Gespenst des Bürgerkrieges an die Wand malen. Die Konsequenzen sind für uns ebenso unangenehm, wie für euch. (?) Aber deshalb können wir uns um die Konsequenzen nicht herumdrücken. Die Frage ist:

Weltrevolution oder Weltreaktion! Die Geschichte (?) stellt diese Frage, nicht wir. Für uns gibt es nur noch zwei Möglichkeiten: Auf der einen Seite bedingungslose Kapitulation vor der Kapitalistatur, weitere Verelendung der Arbeiterklasse und Krieg gegen die Sowjetunion; auf der anderen Seite Wiedervereinigung des Proletariats, Weltrevolution!

Das, Genossen, war der Inhalt meiner Rede. Wie könnt Ihr dazu sagen, daß das ein linkes Betrugsmandat sei. Ich fühle mich nicht für berechtigt, für die anderen Diskussionsredner zu sprechen, aber ich nehme an, daß sie ähnlich denken wie ich, und das ist nicht

nur in Breslau so. Im ganzen Reich wird lebhaft der Gedanke einer neuen U.S.P. erörtert. Ich halte diesen Gedanken für äußerst gefährlich und verwerflich. Nicht eine neue Partei ist notwendig, sondern die Wiedervereinigung des revolutionären Proletariats in einer Partei. Ich halte es jedoch für äußerst gefährlich, diesen Rehabilitierungsprozeß dadurch zu erschweren, daß Ihr das ehrliche Wollen der entschieden oppositionell eingestellten SPD-Funktionäre in Zweifel zieht und mit früheren ähnlichen Erscheinungen in einer ganz anderen Situation in eine Linie stellt. Aus diesem Grunde wäre ich Euch für ungehörige Wiedergabe meiner Berichtigung dankbar.

Wegen Raum mangels müssen wir uns heute auf die Wiedergabe der Rede beschränken. Sie enthält neben vielen Halbheiten und schlechten Auffassungen doch auch richtig gesehene Urteile sowohl in bezug auf die Vergangenheit als auch über die gegenwärtige politische Situation. Wir werden uns daher morgen in ausführlicher Weise mit Müllers Rede auseinandersetzen. Nur eines sei heute schon hier gesagt. Die „Soll's was ist“, unter Leitung des „linken“ Herrn Krasnow, hat die Rede Müllers mit ganzen drei Zeilen abgetan. Die große Masse der Mitglieder soll nichts davon erfahren. Selbstverständlich geschieht dies zu dem Zweck, um dadurch leichter der Rebellion Herr zu werden, die immer weitere Kreise ergreift. Ein verzweifeltes Bemühen. Am Tage darauf hat der Sozialdemokrat Singheimer in Berlin dem Lohnraub auf der ganzen Linie die Bahn freigemacht, und damit der Empörung so wirksamen Stoff geliefert, daß solche kleinliche Methoden, ungewohnte Kritik aus den eigenen Reihen totzuschweigen, an ihrer Unselbstigkeit scheitern müssen. Unseren Genossen aber erwünscht die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß sowohl die heutige Rede Müllers als auch unsere morgige Antwort unter der gesamten Arbeiterklasse verbreitet und zum Gegenstand ernster sachlicher Diskussion gemacht wird.

Aufruf des Reichskomitees der RGO!

Metallarbeiter! Metallarbeiterinnen!

8 Prozent Lohnraub hat das Schiedsgericht der Brüning-Regierung für die Berliner Metallarbeiter am Sonnabend diktiert. Der sozialdemokratische Vertreter des MWB, Singheimer, hat im Auftrage des Parteivorstandes der SPD. und des MDV. diesem Lohnraub zugestimmt. 3 Prozent ab 17. November und weitere 5 Prozent ab 19. Januar. Für die Zeit vom 10. bis 16. November haben die Severing und Gezeink die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei, verboten, um das revolutionäre Informationsorgan der Berliner Metallarbeiter, das allein ihren Streik unterstützt hat, mundtot zu machen.

Die MWB-Bürokratie hat die Streikfront gespalten und die Berliner Metallarbeiter durch organisierten Streikbruch wieder in die Betriebe zurückgezwungen, um die Kampfverbreiterung auf das Reich zu verhindern und den Lohnraub jetzt durchzusetzen.

MDV. und MWB-Bürokratie würgten den Streik der 140 000 Metallarbeiter ab, weil angeblich der Schiedspruch mit 8 und 6 Prozent Lohnraub befriedigt sei. Nachdem die Arbeiter in den Betrieben sind, wird derselbe Schiedspruch in zwei Etappen durchgeführt.

Ungeheuerlich ist der Verrat dieser gefauften Unternehmernächte. Die Berliner Metallarbeiter werden trotz des Verbotes ihrer Zeitung, unter Führung der RGO. und ihres selbstgeschaffenen Verbandes, den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub weiterführen.

Metallarbeiter im Reich! Der Berliner Schiedspruch ist das Signal, nach dessen Muster auch eure Löhne jetzt abgebaut werden sollen. In Pommern, Brandenburg, Schlesien, Niederlausitz, Hannover und Mecklenburg sind die Lohnsätze schon abgelassen. In Thüringen, Ostpreußen und am Niederrhein haben die Unternehmer bereits gekündigt. In Sachsen wird der gestülpte Lohnraubschiedspruch noch immer geheim gehalten. In anderen Tarifgebieten steht die Kündigungsbevorratung bevor. Überall wollen die Metallindustriellen nach dem Berliner Beispiel die Löhne herabsetzen. Dagegen gibt es nur ein Mittel — Streik!

Streik unter Führung der RGO. Nehmt sofort in allen Betrieben Stellung! Wählt Kampf-ausschüsse! Macht die Betriebe streikfertig! Streikt gegen jeden Pfennig Lohnraub! Für Streikstundentag, vollen Lohnausgleich! Nieder mit der Schlichtungsstruktur! Gegen die Streikbruchpolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie! Verteidigt die „Rote Fahne“, das Sprachrohr der deutschen Arbeiterklasse! Fort mit der Brüning-Regierung! Es lebe der siegreiche Streik der Metallarbeiter unter Führung der RGO!

Reichskomitee der RGO., Industrie-Gruppe Metall.

Die braunschweigische Nazi-Regierung liefert die Erwerbslosen dem Verhungern und Erfrieren aus

Der Erwerbslosenausschuß Braunschweig hat an den Landtag eine Eingabe über Winterhilfe eingereicht, die von den Kommunisten unterstützt wird. Im Haushaltsausschuß des Landtages fand diese Eingabe zur Verhandlung. Die Regierung der Ausbeuter hat es vorgezogen, sich nur durch einen Ministerialrat vertreten zu lassen. Nazi-Franzen und Rüchenthal geht die Not der Erwerbslosen nichts an. Auftragsgemäß erklärte der Regierungsvertreter,

daß aus der Wohlfahrtspflege noch ganze 16 000 Mark zur Verfügung ständen. Weiter ist für eine Winterbeihilfe nichts vorhanden. Eine Winterbeihilfe aus Haushaltsmitteln lehnt die Regierung ab. Die bürgerlichen Vertreter, mit Einschluß der Nazis, im Haushaltsausschuß vertreten den Standpunkt: Wenn keine Mittel da sind, können wir auch nichts bewilligen.

Die Nazis machten wiederum eines ihrer bekannten Manöver. Sie meinten, die Gemeinden sollen die „Hilfsbedürftigkeit“ präzisieren, und den als „notleidend“ Befundenen sollte dann aus Sondermitteln des Staates etwas gegeben werden. Sie unterstrichen ausdrücklich, daß auch die Nazis Verständnis für die Notlage des Staates hätten, bezifferten den Staat, der mit blauen Dornen den Erwerbslosen den Magen füllt und mit Gummihandschuhen die ihnen fehlende Wärme erseht. Die Nazis können mit diesen „Arbeitervertretern“ zufrieden sein. Sie werden von ihnen nichts zu fürchten haben.

Die Erwerbslosen mögen aus diesem Beispiel erkennen, daß sie nur mit der RGO. und der KPD. ihre Forderungen durchsetzen können. Sie müssen ihren Dussel auf die Straße tragen. Mit den im Betriebe Stehenden gemeinsam um die Forderungen der RGO. kämpfen:

Für 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich für Lohnarbeit, gegen Abbruch und Wenden des sozialen Schicksals.

Die wichtigste Broschüre des Tages

**DIE ROTE
GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE
IM ANGRIF**

VON A. LOSOWSKY

Drei Reden, gehalten auf dem V. Kongress der RGL. mit den Thesen über „Weltkrieg, Weltwirtschaftskampf und Aufgaben der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung.“

120 Seiten 20 Pfennig

Jeder Gewerkschafter, jeder Betriebsarbeiter und jeder Erwerbslose muß diese Schrift lesen!

Erhältlich bei allen Litoblenuten

Rund um den Erdball

Im „Taganka“-Gefängnis in Moskau

Erziehung, nicht Strafe!

Wir bringen nachfolgend den Artikel eines mit zwei Jahren Gefängnis bestraften Sowjetrußen, der deutlich den Unterschied zwischen der sowjetrussischen Besserungs- und der kapitalistischen Rachejustiz zeigt.

Genau wie in irgendeiner Fabrik...

Sechs Uhr früh... Hallender Glodenton weckt die Insassen der „Taganka“. Morgenkontrolle. Aufräumen. Waschen... Tee und Brot werden gebracht, die Zellen geöffnet. Um acht Uhr begibt man sich zur Arbeit. In den Türen der Druckerlei, der Schuhfabrik, der Tischlerei und Schlosserwerkstätte ver-schwindet einer nach dem andern. Sie werden von den Auf-sehern der Werkstätten abgezählt und gehen an ihre Arbeit. Bis 12 Uhr mittags währt sie; dann folgt eine Stunde Mittags-pause, weiter wieder Arbeit von 1 Uhr bis 5 Uhr. In den Betrieben, wo der eigene Anzug beschmutzt werden könnte, erhält man einen speziellen Arbeitsanzug. Der Lohn beträgt im Durchschnitt 30 Rubel pro Monat und wird nicht in bar gezahlt, sondern in Form von Kreditscheinen, für die in der Kantine Lebensmittel gekauft werden können.

Der Gefangene ist kein wildes Tier

Nach der Beurteilung wird man gewöhnlich der untersten Kategorie zugeteilt, in der ein Viertel der Frist zu verbringen ist, worauf dann Ueberführung in die mittlere und schließlich in die obere Kategorie folgt. In der mittleren Kategorie gibt es im Laufe des Jahres insgesamt sieben Tage, in der oberen Kategorie insgesamt 14 Tage Urlaub. Gefangenenbesuche werden in der unteren Kategorie einmal in zwei Wochen, in der mittleren einmal wöchentlich und in der oberen zweimal wöchentlich bewilligt. Die obere Kategorie hat Recht auf ein-kündigen persönlichen Besuch, bei dem Besucher und Ge-fangene unmittelbar nebeneinander sitzen können.

Mit dem Leben verbunden

Die für Einzelgefangene bestimmten Zellen sind für drei bis vier Personen eingerichtet, denn bei dem in der U.S.S.R. be-stehenden Gefängnisystem dürfen nur Untersuchungs-gefangene in Einzelhaft gehalten werden. Eine Waschan-richtung gibt es im Abtrittsraum, wohin die Inhaftierten mehr-mals des Tages gelassen werden. Es fehlt also der herlich-ke Kubel, das charakteristische Merkmal kapitalistischer Gefängnisse. Das elektrische Licht wird um 11 Uhr nachts, d. h. erst eine bis zwei Stunden nach der Abendkontrolle, ausgeschaltet. Die Kost ist befriedigend. Die tägliche Brotration beträgt 600 Gramm. Mittags gibt es Rohsuppe oder eine andere Suppe mit Fleisch, zum zweiten gedämpfte Hirse oder Buchweizengrübe, abends ebensolche Grübe oder mit Fett verfeigte Stampfkartoffeln. Da alle arbeiten (Arbeit ist obligatorisch für alle!), können sie sich für das verdiente Geld Zucker, Weißbrot, Tabak, Konerven, Wurst usw. zu Preisen der Konsumgenossenschaft zukaufen und ihre Kost aufbessern. Es ist daher nicht zu verwundern, daß die in der „Taganka“ befindlichen Gefangenen in ihren Werkstätten Stohlruppen geschaffen haben, die den in den Betrieben jenseits der Mauer erzielten Arbeitserfolgen nahekommen und auch andere Gefangenenanstalten zum sozialistischen Wett-bewerb auffordern.

Der zur Freiheitsentziehung Verurteilte ist eben nicht von

dem jenseits der Mauern sich abrollenden öffentlichen Leben ausgeschlossen.

Die Schulen von Taganka

Die Lehr- und Erziehungsarbeit ist in der „Taganka“ besonders gut entwickelt. Hier verfügen die Ge-fangenen über einen für 700 Mann berechneten schönen K.L.u.B. Er wurde im vorigen Jahre an die Stelle der früheren Kirche errichtet. Eine große Bühne mit den erforderlichen Toilette-räumen usw. ist vorhanden. Die kulturelle erzieherische Arbeit

wird vom Verwalter des Klubs, unter aktiver Mitwirkung der in allgemeiner Versammlung von den Gefangenen gewählten Kulturkommission geleitet. In den Zirkeln unterrichten auch Gefangene. Außer den Zirkeln gibt es noch Schulen in der Gefangenenanstalt für Analphabeten, für Schreibkundige (jedoch wenig Vorgebildete), für politische Schulung, für Selbstbildung durch Fernunterricht, für Wirtschaftskunde der U.S.S.R., für land-wirtschaftliche Bildung, und zwei Betriebschulen, und zwar für Schuhmacher und Schlosser.

So leben, arbeiten und lernen die Insassen der „Taganka“, ein mit eisernen Toren, hoher Mauer und Wachtposten ausge-stattetes „Gefängnis“.

Denn als Grundlage für den „Straf“vollzug in der Sowjet-union gilt der Satz, daß das Verbrechen als soziale Ge-schehnung bekämpft, nicht aber der einzelne „Verbrecher“ bestraft werden muß.

Aus dem überschwemmten Frankfurt



Der Verkehr wird mit Booten aufrechterhalten

Polen eröffnet strategische Bahn Pfaffe hebt ihre militärische Bedeutung hervor

Kattowitz, 10. November. Die neue polnische Eisenbahn-linie Kattowitz-Gdingen wurde am Sonntag dem Verkehr übergeben. Diese Linie, die das polnisch-ober-schlesische Industrie-revier mit dem einzigen Hafen Polens verbindet, ist von großer wirtschaftlicher und militärischer Bedeutung. Der nördliche Teil der Strecke wird an den „französischen Krupp“, die Geschützfabrik Schneider-Creuzot, abgetreten. Dadurch soll der französische Generalstab an der Aufrechterhaltung dieser

einzigsten Seeverbindung Polens interessiert werden. Bei der Eröffnung wies ein polnischer Pfaffe auch ganz offen auf die ungeheure militärische Bedeutung der neuen Linie hin.

Die ersten Sowjet-Autos vom Fließband

Moskau, 10. November. Die Moskauer Automontage-werke sind in Betrieb gesetzt worden. Die ersten 20 Autos haben das Fließband bereits verlassen. Die Werke werden bis Ende des Jahres 1930 1000 Maschinen montieren, im Jahre 1931 35 000. Die Automontagewerke wurden innerhalb eines Jahres erbaut und sind vollständig mechanisiert. Vorläufig montieren die Werke von Ford gelieferte Autos; späterhin werden sie Autos montieren, deren Einzelteile die Werke in Nischni-Nowgorod herstellen werden.

Kein Leichenraub Saffrans

Königsberg, 10. November. Die Nachgrabungen auf dem Sausburger evangelischen Friedhof, von dem der wegen Brandstiftung verhaftete Saffran die nach dem Brande ge-fundene Leiche gestohlen haben soll, haben ergeben, daß sämtliche Gräber unberührt sind. Auch auf dem katholischen und auf dem jüdischen Kirchhof fand man keine Spuren eines Leichenraubes. In der Umgebung von Rastenburg sollen noch weitere Nach-grabungen angestellt werden.

Das neue Lenin-Mausoleum

Am Sonntag ist das neuerichtete Mausoleum Lenins auf dem Roten Platz in Moskau feierlich der Öffentlichkeit übergeben worden. Tausende von Arbeitern strömten schon in den ersten Stunden zum Grabe Lenins.

Do X in England gelandet

London, 11. November. Schon seit den frühen Morgen-stunden erwartete eine große Menschenmenge im Flughafen von Calshot die Ankunft von Do X. Um 16.33 Uhr landete das Flugzeug glatt auf dem Wasser.

Italien kauft Riesenflugboote

Rom, 10. November. Das italienische Luftfahrtkonfession hat bei den Dornierwerken zwei Flugboote des Typs Do X bestellt. Bereits in sechs Wochen soll das erste zum Probeflug starten.

Schweres Einsturzungsunglück in einem Pfarrhaus

Madrid, 10. November. In dem Dorf Celorrio in der spanischen Provinz Oviedo fand im Pfarrhaus eine Gefährlichkeit statt. Plötzlich brach der Fußboden des Gemeindesaales ein. 250 Festteilnehmer stürzten in Tiefe. Eine Person war sofort tot, 100 wurden schwer verletzt.

Kriminalbeamter schießt sich selber an

Mißglückte Verhaftung eines Ausbrechers

Berlin, 11. November. Montagabend kam es vor einem Lokal in der Ulbrichter Straße zu schweren Zusammenstößen zwischen drei Kriminalbeamten und einer Ansammlung von mehreren hundert Menschen. Die Beamten wollten einen Mann namens Kolanus verhaften, der vor einiger Zeit aus der Straf-anstalt in Halle entflohen war.

Als zwei von den Beamten das Lokal betraten, um Kolanus festzunehmen, stürzten sich dessen Freunde auf die beiden Krimi-nalen. Nur mit großer Mühe gelang es den Beamten, dem flüchtigen Handfesseln anzulegen und ihn auf die Straße zu ziehen. Dort versuchte der dritte Beamte die nach-türgängenden Freunde des Kolanus mit der Pistole in Schach zu halten. Als er stark bedrängt wurde, gab er einen Schuß ab, der aber fehl ging und ihm einen Finger seiner linken Hand abriß.

Während nun die Beamten ihren Gefangenen in einer Autotaxe wegbringen wollten, soll sich nach dem Polizeibericht eine große Menschenmenge angesammelt haben, die den Gefangenen zu befreien versuchte. Dabei sollen die Scheiben des Wagens zertrümmert und die Beamten zu Boden geschlagen worden sein. In dem allgemeinen Getümmel ist dann Kolanus mit dem Auto davongefahren.

Die drei Kriminalbeamten sollen bei dem Kampf mit der Menge schwere Verletzungen davongetragen haben.

Im Polizeibericht erscheint der ganze Vorfall reichlich unklar, um so mehr, als die drei Beamten angeblich lang-jährige Spezialisten sein sollen und es kaum glaubhaft erscheint, daß das Publikum grundlos Stellung gegen sie genommen hat.

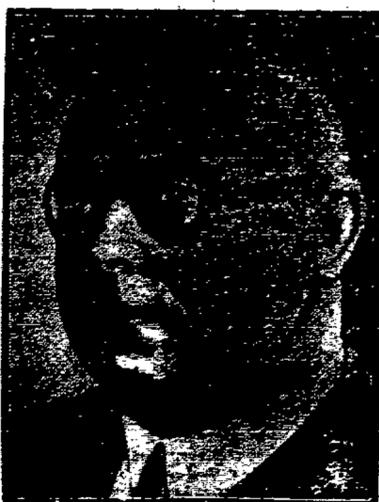
Von Löwen zerfleischt

Stettin, 10. November. Der 27-jährige Tierwärter Max Wilhan betrat am Sonntag einen Löwenkäfig. Als der Wächter die drei Tiere fränken wollte, fiel ein Löwe über ihn her, warf ihn zu Boden und verletzte ihn schwer. Die beiden

anderen Tiere stürzten sich darauf gleichfalls auf den am Boden Liegenden.

Auf die gellenden Hilferufe des Schwerverletzten eilten vier auf dem Hofe befindliche Personen herbei. Unter eigener Lebensgefahr gelang es ihnen schließlich, die wütenden Tiere mit Forken von ihrem Opfer abzuhalten und den Wärter aus dem Käfig zu holen. Wilhan erlag nach kurzer Zeit seinen schweren Verletzungen.

Der „lebende Leichnam“



Der Rastenburg Kaufmann Saffran, der in betrügerischer Absicht sein eigenes Geschäft in Brand setzte und eine Leiche mitzubrennen ließ, um seinen eigenen Tod vorzutäuschen.

Morgen alles in die Scholaut-Versammlung!

Der SAZ-Leiter Scholaut-Riegnig, der jetzt zur kommunistischen Partei übergetreten ist, spricht am Donnerstag, dem 12. November, um 20 Uhr im „Schieferwerber“. Insbesondere die Mitglieder der SPD. und SAZ. sind eingeladen. Freie Aussprache. — Abmarsch aus den einzelnen Stadtteilen um 19 Uhr. Sammelplätze sind: Ost: bei Boudilla, Königsgräber Straße 10; Nordost: Fischer, Ede Hofstraße; Nord: Welzenburger Platz; West: Striegauer Platz; Zentrum: Ballstraße, Ede Königsplatz; Süd: Friedrich, Ede Gräbener Straße.

Breslau

Neuerscheinungen:

„Die Matrosen von Cattaro“ sind soeben in Buchform erschienen. Der Preis beträgt 1,80 Mark. Anlässlich der Aufführung des Dramas im Breslauer Lobe-Theater können die das Buch nur erapfehlen.
Der reich illustrierte Arbeiterabreiskalender für das Jahr 1931 ist erschienen. Er umfasst 288 Seiten und kostet 1,35 Mark.
Bestellungen sind zu richten an die Bezirks-Literaturstelle, Breslau, Oberstraße 23.

Jungarbeiter, heute heraus!

Jungarbeiter, heraus zur Werbedemonstration des KJVD, heute abend. Antreten der einzelnen Stadtteile um 19 Uhr.
Scheitnig: bei Rabieschle, Fischerstraße.
Süd: Gräbener Straße, Ede Friedrichstraße.
Ost: bei Boudilla.
West: Striegauer Platz.
Nord: bei Salomon, Aosenstraße.
Gemeinsamer Treffpunkt 20 Uhr am Neumarkt.

An alle erwerbslosen Parteigenossen und KGO-Anhänger!

Am heutigen Mittwoch, um 15 Uhr, findet im „Roten Löwen“ eine Sitzung aller erwerbslosen Mitglieder der Partei, der KGO. und aller Nebenorganisationen statt. Wichtige Tagesordnung!

Revolutionsfeier des Jugendverbandes Nordost

Am Sonnabend um 20 Uhr bei Hante („Oberstrom“), Wierstraße. Es tritt die Agitproptruppe „Kommisomol“ auf. Jungarbeiter von Scheitnig, erscheint zahlreich!

An die Werktätigen im Westen

Am Freitag, dem 14. November, um 20 Uhr, findet in Hoffmanns Festsaal, Babelsbergstraße 15, eine öffentliche Versammlung statt. Theatergruppe „Roter Westen“ wirkt mit. Freie Aussprache. Die Gegner werden hiermit eingeladen! — Wertung vom Westen, erscheint zahlreich!

Sitzung des KGO-Ortskomitees

Am morgigen Donnerstag um 20 Uhr findet bei Arndt, Habergasse, eine Sitzung des KGO-Ortskomitees statt. Die Gewerkschaftsleiter der Stadtteile und Straßenzellen werden aufgefordert, an der Sitzung teilzunehmen.

Was bringt das Gewerkschaftshaus-Kino?

„Die Donau vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer.“ Dieser Film zeigt uns den Strom, wie dieser Gebirge zerbrach und die Ebene durchfloss. Der Film zeigt die schönsten Stellen des Schwarzwaldes, des Schwäbischen Juras, den Süden Deutschlands, Raube Alz und die Ausläufer der Alpen. Von Passau führt der Strom durch die sechs Donauländer Österreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien. Die Reize aller dieser Landschaften gleiten vorüber. — „Pat und Patachon als Detektive.“ Dies ist der zweite Film. Die beiden Filmkünstler haben nicht ganz unfreiwillig auch noch diesen Beruf ergriffen, um mit mehr oder weniger Geschicklichkeit durchs Leben zu schaukeln. — Bei der Bühnenschau wird diesmal ein Musikimitator seine Künste produzieren. Die Eintrittspreise sind wie immer: Kinder, Erwerbslose und Kleinrentner zahlen nur 25 Pf., sonst 50 und 75 Pf.

Ohne Arbeit, ohne Unterstützung . . .

Nachstehend wird das Los eines deutschen Mädchens geschildert: Luiza Schulz besuchte in Dohensalza das Lehrerinnen-Seminar. Als die Stadt polnisch wurde, war sie gezwungen, die Schule zu verlassen und nahm eine Stellung an einer deutschen Schule an. Der „Deutschbund“ versprach, ihr eine Stellung in Deutschland zu besorgen. Als sie die Stellung an der deutschen Schule verlor, hielt der Deutschbund sein Versprechen nicht. Sie versuchte nun, in Berlin eine Stellung zu bekommen, und stiftete ihren Lebensunterhalt durch Provisionsvertretungen. Später nahm sie auch eine Stellung als ungelernete Arbeiterin an, wurde aber sehr bald wegen Arbeitsmangel entlassen. Eine Zeit erhielt sie eine Anstellung im Erziehungsheim der evangelischen Kirchenmission in Rüdersdorf. Hier blieb sie nicht lange; sie wurde entlassen, weil sie sich „dem Geist des Hauses nicht anpassen konnte“. Nach längerer Suche nahm sie eine Stellung beim Pfarrer Zimmermann in Döbern, Nieder-Lausitz, an. Doch auch hier wurde sie sehr bald, ebenfalls mit der Begründung, sie könne sich „dem Geist des Hauses nicht anpassen“, entlassen. Nun wandte sie sich wiederum nach Berlin und fand Stellung als Privatsekretärin bei einem Schriftsteller Karl Wanklo. Hier blieb sie nur kurze Zeit, weil Herr Wanklo zur Mode hatte, seine Privatsekretärinnen ohne Gehaltszahlung zu entlassen.

Nun kam sie nach Breslau. Sie besaß keinen Pfennig Geld mehr und wandte sich an das Wohlfahrtsamt. Sie wurde in das Frauenheim überwiesen. Sie bemühte sich um eine Stellung, blieb aber überall auf Schwierigkeiten, weil sie keinen festen Wohnsitz nachweisen konnte. Endlich erhielt sie am 25. Oktober acht Mark (!) Unterstützung, um sich ein Zimmer mieten zu können. Seit dieser Zeit erhielt sie keinen Pfennig mehr. In der Zwischenzeit wandte sie sich das Wohlfahrtsamt an den Pfarrer und erhielt eine „schlechte“ Auskunft. Als es wiederum wegen einer Unterstützung

Der Raubzug gegen die Jungerwerbslosen

In der Verordnung vom 11. Oktober über Verschlechterungen der Krisenfürsorge wird den Arbeitältern besonders die Erfüllung von Pflichtarbeit empfohlen. Wie sich dies in der Praxis auswirkt, bezeugt folgender Fall:
Der Jungerwerbslose Hermann Kern aus Wanken erhielt eine wöchentliche Unterstützung von vier Mark. Am vergangenen Sonnabend mußte sich K. zur Pflichtarbeit im Krankenhaus melden. Es wurde ihm volle Kost versprochen. Jedoch zu Mittag sah die volle Kost so aus, daß er nur einen Teller Suppe und 2 (in Worten zwei) Kartoffeln erhielt. Seine Arbeit bestand darin, daß er den Maurern Handlangerdienste leisten mußte. Durch die Erfüllung der Pflichtarbeit ersparen sich die Gemeinden einen hand-

langer, andererseits erhält der Verschlechterungsliebhaber keine Unterstützung, da er ja durch Arbeitsleistung sich das Geld verdient. Also, das Kino beim richtigen Namen genannt: die Erfüllung von Pflichtarbeit ist ein Betrug an den Erwerbslosen.
Jungerwerbslose, jetzt gilt es, den Abschraubplan zu organisieren. Heraus zur Jungerwerbslosenversammlung am Freitag, dem 14. November, nachmittags 3 Uhr im „Zentralbauhof“, Wankelstraße 50/52. Stadtverordneter Kbelst spricht über: „Die Arbeitsdienstpflicht bei — Verschlechterung der Jungerwerbslosen.“ — Die Vorgänge in der letzten Stadtverordnetenversammlung. — Jungerwerbslose, heraus! Es geht auch alle an!

Aus Breslauer Gerichtssälen

Drei-Groschen-Justiz-Oper im Amtsgericht

Mu. Der Steuersekretär Maier hatte mit zwei Frauen im April draußen in der Ober im „Kaffeehaus Barthel“ zwei Nustorten mit Sahn verzeht, für die ihm zusammen 1,40 Mark angerechnet wurden. Als er acht Tage später wieder in Bartheln einkehrte, brauchte er für zwei solche Sorten nur 1,10 Mark bezahlen, und zwar beim selben Kellner. Es handelte sich um den Ausschiffstakler L., der, als Herr Maier ihm Vorhaltungen machte, die zwölf gezahlten 30 Pfennig wieder herauszahlte. Trotzdem wurde gegen L. ein Strafverfahren wegen Betruges eingeleitet und auch wirklich Anklage erhoben. Der erste Termin mußte vertagt werden, da wegen der lumpigen drei Groschen die Ladung von vier Zeugen für notwendig erachtet wurde. Vor einigen Tagen gelangte nun diese Bagatellesache erneut zur Verhandlung. Die Beweisaufnahme ergab nichts darüber, daß der Kellner die Abicht gehabt hätte, einen Betrag zu begehren. Wie jeder Mensch, so kann sich natürlich auch der Kellner irren. Und da der Steuersekretär seine 30 Pfennig zurückgehalten hat, ist niemand geschädigt worden. Aber die einmal angelurdelte Justiz muß auch ihr Opfer haben. Und so beantragte der Staatsanwalt, ohne daß auch nur der Schatten eines Beweises für ein strafbares Delikt sichtbar wurde, 30 Mark Geldstrafe oder sechs Tage Gefängnis. Das Gericht erkannte demgemäß. Es erklärte darüber hinaus noch großmütig, daß man mildernde Umstände mit Rücksicht auf die Erwerbslosigkeit des Angeklagten angenommen habe, sonst wäre eine Gefängnisstrafe verhängt worden (!). Dieses Urteil ist ein Beweis dafür, wie selbstherrlich die Justiz schaltet und waltet. Objekt 30 Pfennig, die juristische Strafe 30-Mark, wobei schon „Milde“ einkalkuliert ist. Und dabei ist nichts be-

wiesen worden! Herr L. wird sich natürlich bei diesem Urteil nicht beruhigen. Und so wird der Drei-Groschen-Prozess auch noch einmal die Berufungsinstanz beschäftigen.

Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan

Frau R., eine 54 Jahre alte Frau, ist seit 1897 bei Gebr. Barasch als Kontrollleurin beschäftigt gewesen. Daß man mit ihrer Arbeit zufrieden gewesen sein muß, beweist der Umstand, daß sie erheblich über Tarif bezahlt wurde. Jetzt ist diese Frau, die seit 13 Jahren in dem Betrieb tätig war, der Rationalisierung zum Opfer gefallen. Die Einführung von Kontrollmaschinen macht die Kontrollleurinnen überflüssig. Da in der Kündigung eine unbillige Härte zu erblicken ist, klagte Frau R. vor dem Arbeitsgericht auf Wiedereinstellung. Dabei stellte sich die interessierte Tatsache heraus, daß die Abicht bestanden hat, bei der Rationalisierungsversammlung für die Entlassene eine Pension zu erwirken, was aber rückgängig gemacht worden ist, weil Frau R. in einem beim Arbeitsgericht eingereichten Schriftsatz in begründeter Erregung über die Entlassung nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt hat. „Unter diesen Umständen kommt natürlich für uns eine Pensionsgewährung nicht mehr in Frage“, erklärte hundschuldighaft der Unternehmensdirektor Dr. Frauhs niger, was sogar den Vorstehenden veranlaßte, kritische Bemerkungen zu machen. Die Sache wurde zunächst vertagt, da Erhebungen angestellt werden sollen, unter welchen Bedingungen eine Weiterbeschäftigung in Betracht kommt. Die Firma Gebr. Barasch, die in der Hauptsache von der werktätigen Bevölkerung lebt, wird gut daran tun, von der demonstrierten „Schneidigkeit“ des Synkritis mit aller Deutlichkeit abzurufen.

Büdo Beize

gibt dem Boden schönen Farbglanz und tritt sich nicht ab

Stadtteil Ost. Der Kurfus fällt am Donnerstag aus. Alles in die Scholaut-Versammlung. Kurfus-Fortsetzung nächsten Donnerstag.

Stadtteil West. Mittwoch Kurfus im bekannten Lokal. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

KJVD. West. Die Versammlung am Donnerstag fällt aus. Antreten am Striegauer Platz zum Abmarsch in die Scholaut-Versammlung.

Jungpioniere von Scheitnig! Sämtliche Jungpioniere aus dem Stadtteil Scheitnig treffen sich heute um 17 Uhr Freiheitsgasse 2 (Rote-Hilse-Büro).

Musikverein Alt-Scheitnig. Heute Mittwoch, 20 Uhr, Übungsabend und wichtige Besprechung.

glaube, und der ihm erwiderte, daß wohl eher seine eigenen Parteigänger hinter dieser Schandtat zu suchen wären, diesen Namen seiner Begleitleitung zu melden, welche diesem daraufhin drohte, gerichtliche gegen ihn vorzugehen. Aber selbst eine Prämie, welche der Hauptführer Leopold Fischer für Ermittlung der Täter ansetzte, konnte es nicht verhindern, daß drei Jünglinge, eingetragene Mitglieder der KJVD, als Täter ermittelt wurden. Man kann man wieder einmal die Leistung der hiesigen republikanischen Polizei und des Gerichts bewundern. Wären Kommunisten die Täter gewesen, so hätte man sie in monatelange Untersuchungshaft geschickt, so aber „liegt keine Verurteilung“ und Fluchtgefahr vor“.

Verantwortlich für den politischen Teil: Ernst Schneller, Berlin; für den Redaktions- (außer Oberleuten): Ernst Bollweger, Breslau; für Oberleuten: Fritz Jendroff, Stadenburg. — Für Inserate: Carl Gansdorf, Breslau.

Schieferwerber. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß eine weitere Verlängerung des Gastspiels Bobbie Hind mandatorisch ist, und daß sich Bobbie Hind am Sonnabend von Breslau verabschiedet.

Was bringt die

Arbeiter-Kino, Margaretenstraße 17
Jugend hat Zutritt!
Donnerstag und Freitag, 5 und 8 Uhr

Die Donau

Vom Schwarzwald bis zum Schwarzen Meer
Pat u. Patachon als Detektive

Auf der Bühne: Musikimitator
Kinder — Erwerbslose — Kleinrentner 25 Pf.,
sonst 50 und 75 Pf.

Mittelschlesien

Scholaut in Trebnitz

Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter von Trebnitz und Umgebung!

Erscheint in der am Freitag, dem 14. November, 20 Uhr, im Konzerthaus stattfindenden öffentlichen Versammlung. Referent Genosse Scholaut-Riegnig, der ehemalige Leiter der SAZ.

Nazi-Grabschänder erwischt

Wie wir bereits berichteten, kämpft die KJVD in Trebnitz mit sehr eigenartigen Mitteln, um ihre Schächten bei der Stange zu halten, und zwar mit Gräberschändung auf dem jüdischen Friedhofe. Um nun den Verdacht von sich abzuwenden, brachten die Nazis das Gerücht in Umlauf, die Kommunisten hätten aus Rache gegen ihre Clique diese Schandtat begangen. Ganz besonders tat sich in dieser Verleumdung der Gewerbetreibende und Nazi-Anhänger Erwin Hirsemann hervor. Er brachte es fertig, einen anderen Gräberschänder, der ihm keine Bestattung wagt

LIEBIG
Nur noch
4 Tage!
Bobbie Hind
und das
lustigste
Variete
Täglich 2 x 4 Uhr
Eintrittspreise 2,50-4,50
Nachr. bobbie Hind
und Programm
Kassa Nr. 246 48

Handelshaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belichtung v. Anzügen, Wäsche
und Schmuckstücken

Kauf bei
Blasse
Blasse
ist billig!
BRESLAU
Nur Graupenstraße 6/10

Oberschlesien

Verstärkter Spieldienst gegen Erwerbslosen bei den Arbeitsämtern

„Mitbedrückliche Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung“ Erwerbslose wehrt euch gegen die maßlose Gekke und die Drohung mit dem Staatsanwalt!

Unter der Überschrift „Mitbedrückliche Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung“ gibt die städtische Pressestelle der Stadt Kleinmisch nachfolgendes bekannt:

Die Erfahrungen zeigen, daß mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit der letzten Monate auch die Veruche der Unterstützungsempfänger hemmungs- und bedenkenlos werden, irgendwelche Beschäftigung neben ihrer Arbeitslosenunterstützung zu übernehmen, ohne dies dem Arbeitsamt anzugeben. Das Arbeitsamt hat deshalb einen verstärkten Außenkontrolldienst eingerichtet, der die Anspruchsvoraussetzungen der Unterstützung und die Verrichtung von Schwarzarbeit intensiver als bisher möglich war, überprüfen soll. Diese Kontrollmaßnahmen werden einen wirklich durchschlagenden Erfolg nur bei tätiger Mithilfe der Öffentlichkeit aufweisen können. Das Arbeitsamt bittet deshalb jeden, der davon Kenntnis besitzt, daß ein Unterstützungsempfänger neben seinem Unterstützungszug Verdienst durch Nebenarbeit hat, dies dem Arbeitsamt mitzuteilen. Es ist unbedingt falsch und unverantwortlich, solche Mitteilungen nicht zu machen, etwa, weil man nicht zum „Angeber“ werden möchte. Besonders aber jetzt, da die Arbeitslosenversicherung sich heute in einem Ruhezustand befindet, an dessen Ueberwindung jeder Staatsbürger aufs höchste interessiert ist, ist das Verschweigen der Kenntnis solcher Fälle straflich. Wer neben seiner Unterstützung Schwarzarbeit verrichtet oder falsche Angaben macht, um dadurch die Unterstützung zu erhalten, verstoßt sich an Unterstützungsmitteln, die anderen von Rechts wegen zukommen und von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie durch die Zuschüsse des Reiches von jedem Steuerzahler nur unter großen Schwierigkeiten aufgebracht werden. Er betrügt nicht nur die Reichsanstalt als Versicherungsträger, er schädigt auch die Volksgemeinschaft. Es ist falsch, eine solche betrügerische Ausbeutung einer sozialen Einrichtung irgendwie zu entschuldigen oder zu übersehen. Das Arbeitsamt wird daher unmissverständlich alle Fälle ungeleglicher Nebenarbeit oder unwahrer Angaben bei der Unterstützungsgewährung aufgreifen und den Geschädigten bestrafen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die in gleicher Weise die Lasten der Arbeitslosenversicherung tragen, haben ein besonderes Interesse daran, daß die Unterstützungsleistung auf ihr gesetzliches Maß beschränkt bleibt. Auch der Arbeitgeber, der Kenntnis davon hat oder

nach den Umständen wissen muß, daß ein von ihm beschäftigter Arbeitnehmer gleichzeitig Unterstützung bezieht, oder der unrichtige Angaben über das Beschäftigungsverhältnis des Arbeitnehmers macht, wodurch dieser widerrechtlich in den Genuß der Arbeitslosenunterstützung oder zu hoher Unterstützung kommt, macht sich der Mithilfe zum Betrug schuldig und wird gleichfalls bestraft. Das gilt auch bei Angabe eines falschen Entlassungsgrundes auf der Arbeitsbescheinigung. Ein wirksames Mittel aber, die Schwarzarbeiter und widerrechtlichen Unterstützungsempfänger auszumerzen, ist jedoch, das Arbeitsamt bei Bedarf von Arbeitskräften in Anspruch zu nehmen. Einerseits werden durch die Beschäftigung von Unterstützungsempfängern die Kosten der öffentlichen Unterstützung gesenkt, andererseits ist das Arbeitsamt bei der Ueberweisung von Arbeitskräften über deren Ausscheiden aus der Unterstützung genau unterrichtet, so daß Schwarzarbeit auf diese Weise unterbunden wird. Jeder Unterstützungsempfänger aber wird hierdurch noch einmal besonders gewarnt, Nebenarbeit zu verrichten, ohne dieses vorher dem Arbeitsamt zu melden, oder in anderer Weise gegen die gesetzlichen Bestimmungen zu verstoßen, da in keinem Falle Nachsicht geübt wird.

Wenn wir die obige Mitteilung ungefälscht in unserer Zeitung veröffentlichen, so deshalb, weil sie so schamlos und wert ist, daß sie der breitesten Arbeiteröffentlichkeit bekanntgemacht wird. Durch einen Apparat von Spiegeln sollen die Erwerbslosen ihrer großen Unterstützung beraubt werden. Die Nichterwerbslosen werden offen aufgefordert, Denunziantendienste gegen ihre Klassenossen zu leisten. Früher geht es wohl nicht mehr! Dieser Spiegelpapparat dürfte ungeheure Summen verschlingen! Und unter dem Vorwand, Gelder der Versicherung zu sparen, zieht man diesen Apparat auf. Zuerst bezeichnet man die Arbeitslosen als Faulenzer, und wenn sie sogenannte Schwarzarbeit leisten, hegt man ihnen den Staatsanwalt auf den Hals.

Zu diese schamlose Provokation müssen die Erwerbslosen mit verstärkter Kraft gegen das Erwerbslosenversicherungsgesetz, gegen die Bürokratie und ihre Schikane kämpfen.

Müsst überall zum Hungermarsch am 26. November!

Wer trägt die Schuld an den Bergarbeitermorden?

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsböden des Bergbauindustriearbeiterverbandes verapfen in der Nummer 44 ihres Organs, der „Bergbauindustrie“, ellenlange weinerliche Tiraden anlässlich der Bergwerkskatastrophe in Alsdorf. „Tränen“ rollen den Böden die seitlichen Fragen hinunter ob des Elends, das durch die Profitgier der Unternehmer unter dem Bergarbeitervolk angerichtet wurde.

In dem Artikel werden die Ursachen (1) des Unglücks aufgezeigt, die Opferfreudigkeit, Tapferkeit und Todesverachtung der helfenden Kameraden verherrlicht, vielmehr noch das Mitleid der Vertreter der Reichsregierung sowie der Bergarbeiterorganisationen der einzelnen Länder aufs wärmste popularisiert. Alles nur leere Worte. Kein Wort darüber: was kann und muß das Proletariat tun, um solche Katastrophen für immer zu verhindern? Im Gegenteil: das Eingreifen der revolutionären Betriebsräte, die an Hand des Massenmordes der Arbeiterklasse die Notwendigkeit des sofortigen Handelns aufzeigen, wird in den Tret gezogen und man versucht diese Aktion lächerlich zu machen.

50 Tote — 100 Tote — 200 Tote — 300 Tote — unendlich lang können wir die Zahlen der durch kapitalistische Profitgier getöteten Arbeiter aneinanderstellen. Die Herren Gewerkschaftsbürokraten sagen nur:

„Es ist wahrlich schwer, anlässlich solcher Vorgänge ruhig zu bleiben, fast mit dem blassen Hammer dreinzuschlagen.“

Die wählen immer das schwerere Problem und bleiben hübsch artig, damit sich die Herren Unternehmer bei der nächsten gemeinsamen Konferenz ob der eventuellen „Freiheit“ der RWB-Vertreter nicht verschunden und aus dem Konzept fallen; sie begnügen sich lediglich mit der Mahnung an die Kameraden:

„Auch eure Schuld ist es, wenn eurer Körper und Geist zermürbenden Arbeit im täglichen Totenhand nicht die Würdigung, nicht der Lohn, nicht die Freizeit wird, die ihr gebührt!“

Wir können nur hinzufügen: Jawohl, Schuld nur insoweit, als daß sie nicht schon lange mit den kapitalistischen Palästen und dem gesamten gegenwärtig bestehenden System Schluß gemacht haben, daß

sie sich heute noch zum großen Teil für die verräterische Politik der SPD. und der Gewerkschaftsböden mißbrauchen lassen.

Auch an die anderen, d. h. die Kapitalisten, richten sie eine „Mahnung“, mit dem Leben der Bergarbeiter nicht solch einen Unfug zu treiben, denn sie könnten der Rache der Lastträger zum Opfer fallen.

Allerdings nur eine Mahnung; denn unter der Führung der SPD. und Gewerkschaftsböden wird den profitgierigen Hyänen kein Haar gekümmert, mögen Tausende Arbeiteropfer in Gruben, Fabriken, täglich dem Moloch Kapital zum Opfer fallen! Diese „Helden“ der Politik und Wirtschaft kämpfen nur mit geistigen Waffen! Durch eine gewalttätige Besetzung der Ausbeuter mit der Waffe in der Hand könnte Arbeiterblut fließen; also ist es nach Ansicht der Reformisten viel besser, wenn die Arbeiter in den Betrieben, die Erwerbslosen auf den Straßen von der Profitgier und mit blauen Bohren gemordet werden, anstatt einen einzigen Tag alle Kräfte anzuspinnen und dem ewigen Gemetzel an der Arbeiterklasse, und wenn es auch mit Opfern verbunden wäre, für immer ein Ende zu bereiten.

Zu dieser Tat werden die Herren Gewerkschaftsböden niemals aufrufen, weil damit zugleich ihre Stellung und Existenz unterminiert wäre, und sie lieber Tausende Arbeiter in Rot und Elend unkommen lassen. Sie wissen aber auch, daß mit dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung dem Reformismus die Totenglocke läutet. Die ungeheure, wahrhaftige Angst produziert in ihren Hirnen Parolen, mit denen sie die Arbeiterklasse noch am Gängelbande führen.

Noch das Erwachen der Arbeiterklasse zeigt, daß auch dieses Gemetzel in der Arbeiterbewegung bald beendet wird. Hunderttausende haben den Weg zu uns gefunden, Millionen werden ihn noch finden.

Deshalb, Berg-, Hütten- und erwerbslose Arbeiter, organisiert die Kampffront auf der breitesten Grundlage! Werdet Mitglieder der KPD, der SPD. und des KZV. und beweist durch tatkräftige Mitarbeit, daß ihr dem Beispiel des russischen Proletariats folgen wollt!

der Lohnarbeit wechselnder Art mit 1186. Das Holzgewerbe hat 477, das Baugewerbe 479 und die Landwirtschaft 416 freie Kräfte veräußerbar. Die Lage auf dem kaufmännischen Arbeitsmarkt hat sich im letzten Halbjahr unmerklich verändert. Die Gesamtzahl betrug 1936 gegenüber 1933 des letzten Berichtes.

Freienderterversammlung in Sosniza

Am vergangenen Sonntag fand in Sosniza eine von Freiendertemitgliedern und Sympathisierenden besuchte Versammlung statt, in welcher Genosse Girndt aus Oppeln sprach. In der Diskussion verhandelten zwei sogenannte erste Bibelforscher, ihren Kohl von einem anderen Gott an den Mann zu bringen, wurden aber von dem Versammlungsleiter durch den Referenten in seinem Schlußwort gründlich abgeföhrt.

Rokitnitz

Wird Polizeibeamter Schelenz bestraft?

Der Arbeitslose Bodarzyl aus Rokitnitz hatte einen Antrag auf Kohle am hiesigen Wohlfahrtsamt gestellt. Sein Anliegen wurde abgelehnt. Der Arbeitslose wollte mit dem Gemeindevorsteher Pyttel sprechen, warum sein Antrag abgelehnt worden war, wurde aber nicht zugelassen. Es ist nämlich so: Will jemand den Herrn Gemeindevorsteher sprechen, wird dieser erst angemeldet. Falls es dem Verra nicht passen soll, wird der Betreffende wieder abgewiesen. Da der Arbeitslose nicht vor dem Lokal verließ, wurde er von dem Polizeibeamten Schelenz zurückgeführt, erhielt von ihm Fußtritte und Schläge mit dem Gummistübel. Nach dem Vorfall wollte nun der

Arbeitslose bei der Polizei eine Anzeige wegen der Mißhandlung seitens der Beamten stellen. Von der Polizei wurde jedoch die Anzeige nicht aufgenommen. Dieses geschah daher, weil es sich um einen Arbeitslosen handelte und die Mißhandlung seitens eines Beamten erfolgte. Für diesen Fall sind zehn Reagen vorhanden.

Wird in diesem Fall seitens der Behörde eingegriffen, oder soll die Arbeiterklasse von Rokitnitz von solchen Beamten provozieren werden, bis sie zur Selbsthilfe greift?

Oppeln

Achtung!
Am Freitag, dem 14. November, 20 Uhr, findet im Schützenhause eine

Öffentliche Frauenversammlung

Arbeiterfrauen, es geht nicht mehr so weiter, daß wir tadelloso beiseitegehen. Alle Arbeiterfrauen müssen an dieser Versammlung erscheinen, denn es werden dort die Delegierten zum Reichstagswahlberechtigter Frauen gewählt.

Kommunistische Partei Deutschlands.

Der Richter der Nazis und der Kommunisten

W. G. Oppeln. Adolf Hitler hat vor einigen Tagen in München wieder einmal eine seiner „berühmten“ Reden gehalten, die der „Völkische Beobachter“ in Ermangelung anderen politischen Stoffes in großer Aufmerksamkeit auf der ersten Seite bringt. Adolf schweigt da zu den brennenden politischen Tagesfragen; er sagt kein Wort über die Nazis in nächster Zeit zu tun gedanken, sondern er beklagt sich lediglich, daß die Justiz nicht objektiv, sondern eine Parteijustiz sei, die nach links die Augen zudrückt und nach rechts schief zugreift. Jeder Arbeiter weiß, daß das Gegenteil davon der Fall ist. Wenn wir uns mit dieser Hitler-Rede befassen, so deshalb, weil Adolf dabei einige grundsätzliche Ausführungen gemacht hat, die zeigen, welche riesengroße Kluft zwischen der kommunistischen Partei und den Nazis besteht. Hitler, und man darf das als eine nationalsozialistische grundsätzliche Einstellung ansehen, hat erklärt: „Unser oberster Richter ist unser Gewissen!“

Hitler hat sich dadurch einen wesentlichen Bestandteil des bürgerlichen Parlamentarismus und der Weimarer Verfassung, die er beide angeblich auf das schärfste bekämpft, zu eigen gemacht. Im Artikel 21 der Weimarer Verfassung, die doch das Wort des Juden Preuß ist, steht nämlich: „Die Reichstagsabgeordneten sind nur ihrem Gewissen unterworfen und an Aufträge nicht gebunden!“ So will es also Adolf Hitler auch! Die Erfahrung hat uns gelehrt, daß das mit dem Gewissen so eine unkontrollierbare Sache ist. Man kann das Gewissen nicht sehen, weder messen noch wiegen, man hat also keinerlei Garantien.

Wie ist es dagegen bei uns, den Kommunisten? Unsere Abgeordneten sind an die Aufträge der Wähler, die sie im Wahlkampf für das Programm der Kommunisten gewonnen haben, gebunden, und sind von dem Moment an erlobigt, sobald sie sich nicht mehr daran gebunden fühlen. Alle Renegaten und Ueberläufer aus den Reihen des Proletariats zu den Sozialfaschisten oder anderen der Arbeiterklasse feindlichen Parteien haben ihren Verrat bisher immer mit der Preuß-Hitlerischen Begründung des angeblichen eigenen „Gewissens“ bemantelt. Jeder Verräter meinte, sein Gewissen schreibe ihm den Weg des Verrats vor. Hitler will sich damit jetzt schon eine Hintertür schaffen, um die radikalen Wählerverprechungen nicht einzulösen, weil bei ihm und seinen „Reklameredneren“ eben vor der Wahl das Gewissen ein anderes ist als nach der Wahl. Dann braucht er nicht befürchten, daß der Richter einmal gegen ihn sein könnte, weil er ja alles in einer Person oder in der Partei des Faschismus verkörpert sieht. Ganz anders ist es bei der kommunistischen Partei; sie ist der Beweiser und Führer des Proletariats, aber sie versteigt sich niemals zu dem Größenwahn, sie sei auch gleichzeitig Richter über ihre eigenen Taten. Richter ist das Proletariat, die gesamte Arbeiterklasse; sie hat bei uns zu bestimmen und zu beurteilen, ob das, was die Kommunisten vorschlagen und durchführen, richtig oder falsch ist! Jeder Arbeiter wird aus dieser Gegenüberstellung erkennen, daß die KPD sich jetzt immer mehr als die letzte Reserve des Kapitalismus entlarvt und sich in Ziel und Zweck durch nichts von einer Weltrepublik unterscheidet, sondern sich lediglich in der Methode des verschärften Terrors gegen die Arbeiterklasse von den anderen Herrschaftsformen des Kapitalismus unterscheidet!

Wo bleibt die Osthilfe?

Bis jetzt hat noch niemand etwas davon gemerkt, und wie es immer bei derartigen Hilfsmaßnahmen ist, wird sich das Geld bei den verschiedenen „Instanzen“, die neu geschaffen werden, verlaufen, so daß diejenigen, welche darauf warten, nichts bekommen werden.

In den Räumen der „Wost“ hat sich eine neue Behörde, die sich „Osthilfe“ nennt, niedergelassen. Die dort vorhandenen Möbel waren zu schlecht, so daß ganze Wagenladungen neue, hochwertige Möbel angekauft werden mußten. Drei elegante Autos gehören ebenfalls der „Osthilfe“, und da man weiß, daß das Geld sowieso nicht zu den geschädigten Kleinbauern auf die Dörfer gelangen wird, laufen die bei der „Osthilfe“ angestellten Bürokraten keinen Schritt in der Stadt, sondern lassen sich, wenn es auch nur 100 Meter sind, mit dem Auto fahren. So wird das Geld verpulvert und von dem Apparat aufgefressen, der es eigentlich verteilten sollte.

Auszahlung der Zulagen an Kriegsoffer

Die Zahlung der Zulagen an Kriegsoffer findet am Donnerstag, dem 13. November 1930, von 8.30 bis 13 Uhr, in der Poststelle des Wohlfahrtsamtes, Malapaner Straße, statt. Um pünktliche Einzahlung des Zahlungstermins wird dringend ersucht.

Kommunistische Freiendert

Alle im Freiendertverband organisierten Mitglieder der kommunistischen Partei treffen sich zu einer Besprechung am Sonnabend, dem 15. November, um 19.30 Uhr im alten Schützenhaus.

Aus der Partei

Das bisherige Parteimitglied der Ortsgruppe Hindenburg Wiedera, Mitglied des Betriebsrates der Bombardierwerke, wurde wegen parteischädigenden Verhaltens und Mißtrauens aus der KPD ausgeschlossen.

Das bisherige Parteimitglied Stadler der Ortsgruppe Bautzen, Mitglied des Betriebsrates Feinbühnen, ist wegen parteischädigenden und unproletarischen Verhaltens aus der KPD ausgeschlossen.

Das bisherige Parteimitglied Kärtig aus Oppeln wird hierdurch wegen unproletarischen Verhaltens aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

Begrüßung Oberleiters der KPD.

Hindenburg

KPD auf dem Lande im Vormarsch!

Am Sonntag, dem 9. November, wurde in Serjino, bei Peitzsch, eine Ortsgruppe der KPD gegründet. Dies ist ein Beweis, daß auch auf dem Lande das Proletariat eingeschlossen hat, daß nur die KPD im Interesse der Arbeiterklasse arbeitet. Dieser jungen Ortsgruppe sind sofort 17 Arbeiter beigetreten, und haben versprochen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die junge Ortsgruppe zu einem starken Bestandteil der Partei Lenins auszubauen.

Darum, Genossen von Serjino! Mit ganzer Kraft müßt ihr an die Arbeit, wenn ihr euer Versprechen halten wollt. Ihr müßt auch eure Kollegen, die sich noch im Landesfiskusverband befinden, in eure Reihen bekommen.

Wache auf, Landproletariat, und beschreite den Weg, den uns Lenin zeigt!

Gleiwitz

Hungerarmee wächst weiter

Die städtische Pressestelle teilt mit: Der Monat Oktober brachte eine Verschlechterung der Lage auf dem Kleinigen Arbeitsmarkt. Am 1. November lagen dem Arbeitsamt insgesamt 8702 Arbeitsgesuche vor. Die rückwärtige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt besteht fort. Die Hauptunterstützungskörper liegen gegenüber der letzten Monatsmeldung um 133. Gegenüber dem Monat September hat sich die Erwerbslosenmasse um 410 vermehrt. An der Spitze steht die Gruppe der Industrie, der Steine und des Bergbaus mit 1962, dann folgt die Industrie der Dienstleistung mit 1813 und die Gruppe

Französischer Angriffsplan gegen die Sowjetunion aufgedeckt

Das scharfe Schwert der proletarischen Justiz trifft alle Feinde des sozialistischen Aufbaus

Moskau, 11. November. Die Telegraphen-Agentur der Sowjetunion teilt mit: Die von Krypten unterzeichnete Anklageschrift in Sachen der konterrevolutionären Organisation „Industriepartei“ wurde veröffentlicht. Angeklagt sind Namsin, Kallanikow, Paritschew, Tschernowski, Fedotow, Kuprianow, Otschkin und Sitnin.

Es heißt in der Anklage u. a.: Die Obengenannten traten zu verschiedenen Zeitpunkten den Schädigungsorganisationen in einzelnen Industriezweigen bei, zu dem Zweck, durch die Anwendung der verschiedensten Schädigungsformen dem Wirtschaftsaufbau der Sowjetunion möglichst großen Schaden zuzufügen und so die Stellung der Sowjetregierung zu untergraben und die Wiederherstellung der Macht der Bourgeoisie zu erleichtern. Die Angeklagten vereinigten sich zu einer einheitlichen Organisation, die sie „Ingenieurtechnisches Zentrum“ nannten. Zweck dieser Gründung war eine systematische und planmäßige Leitung der Sabotage in allen Industriezweigen.

Die Angeklagten überzeugten sich jedoch später auf Grund der wachsenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus von der Fruchtlosigkeit ihrer Versuche, diesen Aufbau zu hemmen und ausschließlich mit Hilfe des Schädlingwesens die wirtschaftliche und politische Herrschaft der Bourgeoisie wieder herzustellen; sie kamen zu der Überzeugung, daß es notwendig sei, die Sowjetregierung mit bewaffneter Hand zu stützen und die kapitalistische Ordnung auf gewalttätigem Wege wieder herzustellen. Zu diesem Zweck wandelten sie ihre Organisation zu einer politischen Partei unter der Bezeichnung „Industriepartei“ um.

Die Angeklagten traten mit ins Ausland geflüchteten ehemaligen Besitzern nationalisierter Betriebe in Verbindung, die ein sogenanntes „Handels- und Industrie-Komitee“ gebildet hatten. Sie konzentrierten nunmehr auf Grund einer Vereinbarung mit diesem Komitee ihr Schädlingstätigkeit auf eine bewaffnete Intervention des Auslandes. Zu diesem Zweck nahmen sie den finanziellen Bestand des „Handels- und Industrie-Komitees“ und ausländische Staaten in Anspruch.

Gleichzeitig traten die Angeklagten auch durch dieses Komitee in verbrecherische Beziehungen mit französischen Regierungskreisen, die sich zur Auf-

gabe geeicht hatten, die Sowjetunion mit Krieg zu überziehen, und zwar mit dem ehemaligen Chef der französischen Regierung, Poincaré, und dem Außenminister Briand, sowie den drei französischen Generalkonsuln in Moskau, Jovinille, Janin und Richard, die nach den Anweisungen der erstgenannten Persönlichkeiten einen militärischen Angriffsplan gegen Sowjetrußland ausarbeiteten.

Dies Verhalten der Angeklagten stellt einen Akt des unmittelbaren Staatsverrats dar.

In dem weiteren Verlauf der beabsichtigten verräterischen Tätigkeit konzentrierten die Angeklagten ihre Schädlingstätigkeit auf die Desorganisation des Wirtschaftslebens, um eine Krise in den Hauptindustriezweigen bis zum Jahre 1930 herbeizuführen, d. h. bis zu dem von dem französischen Generalkonsul für eine militärische Intervention in der Sowjetunion angegebenen Termin.

Die Angeklagten stellten ferner durch Vermittlung der speziell dafür bestimmten Abteilungen R. und R. eine persönliche Verbindung mit dem französischen Generalkonsul her und führten die Spionageaufträge des französischen Generalkonsuls aus. Sie verschafften sich im Auftrage dieses Stabes die notwendigen Geheimangaben hinsichtlich der Heeresmacht und Wehrhaftigkeit der Sowjetunion.

Die Angeklagten organisierten auf Vorschlag desselben Generalkonsuls eine militärische Sondergruppe, deren Aufgabe die Vorbereitung der Besetzung der roten Armee sein sollte, wobei sogar schon einzelne verräterische Akte seitens einzelner Truppenteile während der betreffenden Intervention in Betracht gezogen wurden. Im Auftrage des französischen Generalkonsuls bildeten die Angeklagten innerhalb ihrer Organisation eine Stützungsgruppe, um die militärische Intervention des Auslandes durch Sprengung öffentlicher Bauten, Kraftstationen und Eisenbahnstrecken der für den Kriegbedarf arbeitenden Fabriken und Betriebe zu unterstützen.

Die II. Internationale setzt die Linie des 18. Oktober fort!

Lappo-Terrorgesetze angenommen

Finnische Sozialfaschisten leisten dem Faschismus Hilfestellung

Helsingfors, 11. November. Heute hat der neue finnische Reichstag, aus dem bekanntlich die Kommunisten durch Terror vertrieben sind, die von den Lappo-Zentren verlangten Gesetze zur Unterdrückung und Ausrottung des Kommunismus mit der für diese verfassungsändernden Gesetze notwendigen Zweidrittelmehrheit, mit 132 gegen 88 sozialdemokratische Stimmen angenommen. Die Sozialdemokraten hatten sich bereit erklärt, einen Teil ihrer Abgeordneten „abzuliefern“, falls durch Erkrankung eines Bürgerlichen die Zweidrittelmehrheit nicht zustande gekommen wäre.

Die II. Internationale hat die durch das Vertrauensvotum für Brüning am 18. Oktober in Deutschland neue Reihe ihrer Verrätereiern um ein neues Glied bereichert. Sie hat ihre Zustimmung gegeben, im Notfall durch Abkommandierungen oder Stimmenthaltungen ihrer Abgeordneten den Lappo-Gesetzen zur Annahme zu verhelfen. Was bedeutet es, daß ihre Abgeordneten

noch geschlossen gegen die Gesetze stimmen konnten, weil zufällig kein bürgerlicher Abgeordneter krank war? Entscheidend ist ihr Wille zur Hilfe für den Lappo-Faschismus.

Annahme der Lappo-Gesetze bedeutet Zerstückelung der letzten noch bestehenden legalen Reste der revolutionären Arbeiterbewegung, bedeutet Legalisierung der Ermordung und Verschleppung von Arbeiterführern durch Lappo-Banden, der Zerstörung und Besetzung von Druckereien und Volkshäusern, bedeutet blutigste Knechtschaft der Gesamtheit der finnischen Werktätigen.

Die ungeheuerliche Tatsache der Handlangerdienste der finnischen Sozialdemokratie für den Lappo-Faschismus, der die Werktätigen in den Krieg gegen die Sowjetunion hineintreiben will, wird den Sturm der Empörung in den finnischen Massen verzeichnen.

Macdonalds Arbeiterregierung in Brünings Fußstapfen

Kampfstimmung unter den englischen Bergarbeitern gegen geplanten Lohnabbau

London, 11. November. Die Abkommen im Bergbau Großbritanniens laufen am 1. Dezember ab. Die Unternehmer drängen auf Verkürzung der Arbeitswoche und Lohnabbau, wozu sie durch den Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie noch ermächtigt werden. Aus den Pressekommentaren geht hervor, daß die „Arbeiter“-regierung eine gleiche Lohnabbauaktion betreiben will wie die halbfaschistische Brüning-Regierung.

Die Bergarbeiter der zwei Bezirke Lancashire und Northumberland haben sich bereits gewiegert, auf die Vorschläge der Unternehmer einzugehen. Der Bergarbeiterrat des Bezirks Durham empfahl den Ortsgruppen die Ablehnung durch Abstimmung. In Wheatsie Hill, Dandon und Shotton wurde einstimmig Widerstand beschlossen. Die Kampagne der A.P. für die „Arbeiterpartei“, für Lohnerhöhung, Siebenstundentag usw. findet unter den Bergarbeitern guten Widerhall.

Die Wahlziffern in Oesterreich

Wien, 11. November. Das vorläufige Gesamtergebnis aller abgegebenen Stimmen zur Nationalratswahl beträgt:

Sozialdemokraten	1 517 603	(1 539 088)
Christlich-Soziale	1 303 608	(Einheitsliste 1 756 761 *)
Heimatschutz	228 338	
Nationalsozialisten	108 445	(28 000)
Schöber-Block	449 425	
Landbündler (Ober-österreich u. Salzburg)	43 000	
Kommunisten	20 879	(16 181)
Demokraten	6 719	(—)
Zionisten	2 134	(10 717)
Aufwärtler	12 630	(—)

* Auf der Einheitsliste kandidierten 1927 auch die Groß-

deutschen, die sich jetzt dem Schöber-Block angeschlossen haben. Die im Schöber-Block aufgegangenen Großdeutschen erhielten 1927 299 977 Stimmen.

In einem Aufstuf an die Heimwehren nennt Starheimberg die Wahlen ein „unwesentliches Zwischenspiel“ auf dem Vormarsch zum Siege des Faschismus.

Regierungsrücktritt in Belgien

Brüssel, 11. November. Das Gesamtkabinett hat demissioniert, nachdem die liberalen Mitglieder der Regierung, des Außen-, Kultus-, Verkehrs-, Justiz- und Postministers auf Beschluß der liberalen Vereinigung in Brüssel, die die Haltung dieses Ministers in den Landesverteidigungsfragen mißbilligt hat, zurücktreten mußten.



(Copyright des Internationalen Arbeiter-Vereins, Berlin.)

37. Fortsetzung.

Auch Jupp Zermad und Friz Kaup, die vom Koppstadtplatz her mitgejagt hatten, schoben sich durch die Menge vor, um zu sehen, was los war. Sie hörten, wie einer der Zivilisten von der Treppe herunter auf die Arbeiter einsprach: „Kameraden, wir haben mit der Besatzung verhandelt —“ Neben ihm stand ein zweiter Zivilist, dem man den verkleideten Offizier auf den ersten Blick ansah.

„Verhandeln gibts nicht! Los, ein!“ Die Arbeiter klümmten in Haufen die Treppe hinauf, einer gab dem Zivilisten einen Stoß und warf sich zwischen die Nachdrängenden. Zermad und Kaup mit, die Treppe hinauf und ein in den Korridor. Dort warteten die Grünen, denen man freien Abzug zugesichert hatte. Sie machten bestürzte Gesichter, als sie plötzlich die Arbeiter vor sich sahen.

„Los, die Broden abgeben und heraus!“ schrien die Arbeiter. „Vorwärts, sonst gibts was!“ Die Grünen legten schnell die Waffen ab. Unter dem Protest des zivilen Offiziers wurde eine Gruppe nach der anderen entlassen und hinausgeschoben.

„Hände hoch! Marsch!“ Die Zivilisten verdrängten sich in der Masse. Die Arbeiter steckten sofort eine rote Fahne aus dem Rathaus heraus. Das zweite Bollwerk der Stadt war gefallen. Es mußte, von allen Seiten umzingelt und bedrängt, preisgegeben werden. Eine Menge Gewehre, Munition und Handgranaten wurden vorgefunden. Kraftwagen und sonstiges Fahrzeugmaterial.

Die rote Front rollte vorwärts. Immer mehr und mehr füllten sich die kämpfenden Arbeiterbataillone durch frischen Zugang auf und schoben sich über den Burgplatz, über die Steeler Straße, überall vorwärts, dem Postgebäude, dem Hauptbahnhof zu, wo sich die Reste der Grünen und der Einwohnerwehr zum verzweifeltsten Widerstand zusammengezogen und verschanzt hatten.

In der Reithwiger Straße stauten sich wieder die Massen. „In der Post sitzen sie drin!“ „Los, mit Handgranaten hin!“

Da begannen die Maschinengewehre zu knattern. Die Stoßtrupps rannten ins Feuer und muhten unter Verlusten zurück. „In den Handelshof rein und ringsum!“

Einige M.-G.-Mannschaften packten ihre Gewehre und rannten über den Burgplatz durch die Vereinsstraße durch und besetzten den Handelshof. Oben aus den Fenstern heraus gaben sie auf das Postgebäude Dauerfeuer. Doch die Besatzung des Bahnhofs knallte herüber und beunruhigte die Schützen im Handelshof.

Kaup hatte sich einer M.-G.-Bedienung angeschlossen. Er wurde in der Reithwiger Straße von Zermad getrennt. Nun suchte er mit dem Maschinengewehr eine günstige Stelle. In dem Zimmer eines Hührens entparrte sich erst ein heftiger Wortstreit. Die Kumpels kriegten das Weib heraus und montierten das Maschinengewehr ans Fenster. Daan nahmen sie die Fenster der Post unter Feuer. Unter ihnen schob ein Maschinengewehr nach dem Bahnhof hinüber. An den Fenstern des Postgebäudes zeigten sich zuweilen die weißen Gesichter der Grünen und Hände, die Handgranaten herauswarfen.

Die Straße dröhnte und gitterte unter den krachenden Aufschlägen.

22.

Franz unternahm sofort nach der Entleerung eines Bekleidungs der Zelle. Grau gefärbte Wände. An der einen Wand eine aufgeschaltete Prüftische. Ein Schmelz. Wenige Schritte breit, sechs Schritte lang. Oben, kaum mit gestreckten Händen erreichbar, das schmale, vergitterte Fenster. Die Zelle war halbdunkel. Franz krieg einen Freudenstoß aus. Neben dem Tisch stand ein Kontrug. Er griff mit zitternden Händen danach. Das Wasser war schal und abgehanden. Doch er trank. Trank lange und gierig, leckte ab und trank noch einmal. Als er genug getrunken hatte, hochte er sich auf den Schmelz und versuchte, seine Gedanken zu sammeln. Wo er sich befand, das wußte er. Im Untersuchungsgefängnis. Sie sollten vor ein Kriegsgericht kommen, hatte der Soldat gesagt. In der Zelle saß er nun.

ihm eine Wohltat, die Gesichter der Grünen nicht mehr sehen zu müssen.

„Was machen die Genossen wohl jetzt? Jupp Zermad —“

„Friz Kaup? Was die Mutter?“

Die Mutter zermartete sich bestimmt in Angst um ihn. Wenn sie ihn nur jaß so lieb hätte.

„Jung, paß mir nur ja auf!“ zitterte sie, als er die erste Schicht im Bütt anfahren sollte. Sie hatte nichts essen können und saß untätig da, bis er wieder zurück war. Mit Del hatte sie ihm die ersten Karten und Schürfen bestrichen, die er sich in der Erde an Stein und Kohle gerissen hatte.

Dann, als er in den Krieg mußte! „Wenn sie dich nur nicht totschicken! Mein Jung — mein armer Jung!“ — Da war sie noch voll und kräftig. Als die beiden Ältesten fielen und er aus dem Kriege kam, war sie ihm wie eine Fremde vorgekommen. Nur die Augen, die großen, angstvollen Augen blieben die gleichen. Nur tiefer lagen sie. In diesen Augen sah der Schrecken und das Grauen der überstandenen Kriegsjahre.

„Nun gehst mir nicht mehr fort, Jung!“ hatte sie gesagt und ihm den Soldatenrock ausgezogen. Dann hatte sie sich jede Nacht an sein Bett geschlichen und gemacht, wie sie es früher getan hatte, als er noch in den Windeln lag.

„Mutter! Mutter!“ Der Schrei zerstückelte sich an den Steinwänden und rief ihn empor. — Man hatte ihn verhaftet, geschlagen — wofür? Er sollte vor ein Kriegsgericht gestellt werden — wofür? Sie sollten erschossen oder erschlagen werden — warum? Weil die Arbeiter die Verhandlungen, die Rechtlosigkeit seit geworden waren und sich gegen ihre Unterdrücker zur Wehr setzen wollten!

Franz vergaß die Mutter. Er blieb stehen und farrte die feineren, schweigenden Wände an. Sein Gesicht verlor den weißen, zärtlichen Ausdruck, es wurde hart, es schien mit zu versteinern. Fest bissen sich die Zähne aufeinander. Er ging unruhig mit auf dem Rücken zertrugten Armen, den Kopf auf den braunen Fußboden der Zelle gesenkt, getrieben von kitzelnden, aufpeitschenden und quälenden Gedanken. Stunde um Stunde im gleichen Schweigen, im gleichen Trotz. Dann wurde sein Schritt müder, schwerfälliger. Er nahm wieder auf dem Schmelz Platz und grubte vor sich hin. Bleischnur besaß ihn der entbehrte Schlaf. Er hörte noch irgendwo Schüsselgeräusche und eine harte Männerstimme, die jemand ansprach.

Fortsetzung folgt.

Waldenburger Bergland Der Unterschlagungsstandal Goltisch

7500 Mark hat der Lump unterschlagen — Die „Drechwacht“ aber schweigt

Vor einigen Wochen hatten wir bereits mitgeteilt, daß der SPD-Bezirkssekretär Goltisch in Waldenburg einige tausend Mark unterschlagen hat und dann verdunkelt, nachdem er noch von der Arbeiterbank eine größere Summe abgehoben hatte.

Werdwürdigerweise hielt es die „Drechwacht“ nicht für notwendig, davon eine Zeile zu berichten. Erst als wir den Betrüger entlarvten, da meldete sich ein Kull des Herrn Wendemuth, aber nicht etwa, um diesem Durschen ebenfalls die verdiente Charakteristik zuteil werden zu lassen, sondern um ihn den Kommunisten an die Rockschöße zu hängen. Da man genau wußte, daß G. unserer Partei nicht angehörte, machte man den „Dre“ folgendermaßen: Man machte den Betrüger einfach zu einem angeblichen Freund des Genossen Schulz, der verhaftet war und sich selbst gegen diese Verdächtigung nicht wehren konnte. Als wir diese Gemeinheit entsprechend festnagelten, da schwiegen die Wendemuth-Schmierfinken. Sie schwiegen auch dann, als einwandfrei festgestellt war, wie hoch sich die Summe beläuft, die Goltisch unterschlagen hatte. Als aber vor einiger Zeit in Reichenbach in einer Versammlung des Gesamtverbandes Schade über die Unterschlagungen berichtete, und dabei festgestellt wurde, daß Goltisch im ganzen 7500 Mark unterschlagen hatte, da versuchte Schade wiederum die Sache so darzustellen, als ob Goltisch ein großer Kommunistenfreund gewesen wäre. In dieser Versammlung mußte Schade auch zugeben, daß G. vor seiner Abreise noch 1500 Mark von der Arbeiterbank abgehoben habe, während dies von der „Drechwacht“, auf unsere diesbezügliche Bemerkung hin, entschieden abgestritten wurde. In dieser Versammlung nahm unser Genosse Fischer Veranlassung, dem Schade ganz gehörig die Meinung zu sagen, gegenüber dem Versuch, G. zum Kommunisten umzuschwindeln. Inzwischen haben wir erneut Erkundigungen über diese Angelegenheit eingeholt und können auf Grund des Ergebnisses mit aller Deutlichkeit sagen, daß es eine ganz infame Verleumdung ist, wenn diese Gesellschaft versucht, uns diesen Betrüger an die Rockschöße zu hängen. Es bleibt also dabei, daß Goltisch zu jener großen Schar von Korruptivitäten gehört, die sich in der SPD. herumtreiben.

Unerhörte Methoden des Dr. Tiegel-Waldenburg

Vom „Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit“ schreibt man uns:

Während erfreulicherweise ein, wenn auch sehr kleiner, Teil der Ärzte durch die „berühmte“ Notverordnung in der Krankenkassenversicherung sich veranlaßt sieht, das Ungeheuerliche darin zu sehen, bringen es andere Ärzte fertig, noch aus eigenem die Kranken noch mehr zu schikanieren und direkt auszuplündern.

Den letzteren scheint sich auch der Dr. Tiegel vom Knappschaffs-Lazarett Waldenburg zugesellen. Er will sich als „gelehriger“ Schüler seines Vorgängers Dr. Müller erweisen. So brachte er es fertig, einen Kumpel, der infolge einer Beinverletzung 35 Wochen im Lazarett gelegen hatte, als arbeitsfähig zu schreiben, der erst drei

Tage vor seiner Entlassung das Bett verlassen hatte. Der Kumpel mußte im Auto nach Hause fahren und gleich wieder ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen, und er wurde auch vom Reizarzt wieder arbeitsunfähig geschrieben. Ärzte, die sich berartig in den Dienst des Profits stellen, gehörten von Rechts wegen ins Gefängnis.

Achtung!

Waldenburg, Donnerstag, den 13. November, um 18 Uhr, im „Eckstein“ wichtige Konferenz aller Pol- und Org-Leiter der Partei.

Auch die Erwerbslosen von Gottesberg für die RGO.

Am 6. November fand in Gottesberg, bei Hildebrand, eine Versammlung der Erwerbslosen sowie Wohlfahrtsempfänger statt, welche sehr gut besucht war. Es wurde zu verschiedenen Mißständen am hiesigen Arbeitsamt Stellung genommen und ihre Abhilfe gefordert. Auch wurden die Bestimmungen für die Pflichtarbeit ausgiebig behandelt. Genosse Nierich hielt ein Referat über Zweck und Ziel der RGO, und machte den Anwesenden klar, daß es auch notwendig sei, die Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger organisatorisch zusammenzufassen, um geschlossen alle Verschlechterungen abzuwehren, und notwendige Forderungen zu erlangen. Die Ausführungen wurden zustimmend aufgenommen, und alle Vorarbeiten für die RGO. getroffen. Ein Kollege des Ausschusses gab Verschiedenes bekannt; es folgte dann noch eine Erörterung. Nachdem noch zu der Landes-Erwerbslosenkonferenz Stellung genommen war und eine Sammlung für den Delegierten getätigt wurde, konnte die gut verlaufene Versammlung geschlossen werden.

Genosse Hennig-Schweidnitz aus Baugewerksbund ausgeschlossen

Die Rache der Bonzen

In der letzten Erwerbslosenversammlung des RGO. erlitten die Schweidnitzer Gewerkschaftsgrößen eine furchtbare Niederlage. Unsere Erwerbslosen wissen, warum jetzt nach so vielen Jahren die Gewerkschaftsbonzen auf einmal ein warmes „Herz“ für die Erwerbslosen entdecken. Wir haben ihnen die Danksagung für ihren jahrelangen Verrat gegeben.

Die Gewerkschaftsbonzen, welche nun merken, daß alle ihre Bemühungen, die Erwerbslosen für die SPD. einzufangen, vergebens sind, rächen sich nun auf echt sozialfaschistische Weise.

Ihre Wut richtet sich gegen den Erwerbslosen-ausschluß! Zeigt, wie W. Bell, Kleinert u. Co. in Wirklichkeit sind, schließt man Genossen Hennig ohne jegliches Verfahren, ohne überhaupt Gründe mitzuteilen, aus. Jedes bürgerliche Klagengericht gibt dem Angeklagten Gelegenheit, sich zu verteidigen — aber die Sozialfaschisten des Baugewerksbundes haben das nicht nötig.

Nieder-Salzbrunn

Am Sonnabend, dem 9. November, nachts gegen 12 Uhr, vier Arbeiter sich auf dem Helmweg befanden, kam der Sohn des Balldwärters Fleoniga, der bei der Sippe ist, angetrunken daher und rempelte einen der Arbeiter an. Als sich der betreffende Arbeiter dieses energisch verbat, zog der Besoffene sofort seine Dienstpistole und erdrosselte sich, folgende Drohung auszusprechen: „Euch Kommunisten werden wir schon noch helmeuchten!“ Dieser Vorgang zeigt, daß sich unter der Sippe immer wieder einzelne Elemente hervorwagten, die vom Faschismus versucht sind und die Arbeiter so missemachen als Feindbild betrachten. Demgegenüber hat die Arbeiter-schaft alle Ursache, auf der Hut zu sein und noch mehr als bisher für die wehrhafte Abwehr solcher Faschistenmethoden sich zu organisieren.

Schweidnitz

Wie Herda den Faschismus bekämpft

Erich Herda, seines Amtes der eifrige Postenjäger in der SPD., tritt in den Versammlungen der SPD. als Referent auf. Wohl Duzende Male frißt er dabei jeden Faschisten auf. In Wirklichkeit ist er ein Felgling. Findet da in Jülzendorf Fr. Schweidnitz eine SPD.-Versammlung statt. Um 8.30 Uhr ist der Referent, Leutnant bekannte Pfeiffer, noch nicht erschienen. Nun soll Herda eingreifen. Stolz steht er am Vorstandstische. Plötzlich betreten neun Nazis den Saal. Zum Erschrecken der anwesenden Arbeiter ergreift Herda seine Aktentasche und fährt und läuft bis nach Schweidnitz. Er hatte den besseren Teil der Tapferkeit gewagt. Nun übernahmen die Nazis die Versammlung und hatten bei den Landarbeitern, die eben gesehen hatten, wie tapfer die SPD. ist, ein leichtes Spiel. Ob Herda nun meinent am Busen seines Freundes Hoppe sich Trost geholt hat, wissen wir nicht, jedenfalls in Jülzendorf zeigen die Schulbücher auf den tapferen Faschistenbekämpfer mit Fingern. Frei-Heul!

Achtung!

Achtung!

Am Freitag, dem 14. November, in der „Stadt Breslau“ um 14.30 Uhr Erwerbslosen-Vollversammlung. Jeder Ausgesteuerte, jeder erwerbslose Kollege und jede Kollegin muß erscheinen! Wichtige Tagesordnung: Jahresbericht, Wahlen.

Baugewerksbund ausgeschlossen

Die Rache der Bonzen

Ja, man ist sogar so gemein und verständig, das Arbeitsgericht, um zu verhindern, daß Genosse Hennig dort die Interessen der Erwerbslosen weiter vertritt. Pui Teufel!

Kollegen! Genossen! Arbeiter, die Erwerbslose vertreten, werdet ausgeschlossen — man denkt dadurch den Kampf der Erwerbslosen zu führen.

Zeigt diesen Arbeiterfeinden, daß ihre Rache vergeblich ist. Gebt den Sozialfaschisten die Antwort. Schließt euch noch fester zusammen. Legt den Bonzen das Handwerk! Sorgt ihr dafür, daß auch sie bald einmal kempeln gehen! Gebt den Salaien des Sozialfaschismus die Danksagung, indem ihr die Lösung in alle Sinne einhämmert:

Nun erst recht:

Hundertmal verstärkte Arbeit für die RGO.

Niederschlesien

Görlitz

Wohin treibt Deutschland?

Ueber dieses Thema spricht am Sonnabend, dem 15. November, der Landtagsabgeordnete Wolleber, Breslau, im „Reichshof“, Reichenbach!

Werkstätige von Leischnitz, erscheint zahlreich!

Liegnitz

Freitag, den 14. November, 20 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in den Westend-Sälen (früher Sommertheater). Landtagsabgeordneter Wolleber spricht! Abmarsch des Demonstrationzuges 19 Uhr, Friedrichsplatz. Die Zellen 18.30 Uhr von den bekannten Sammelplätzen.

An alle Pol-Leiter des NB-Liegnitz

Sonntag, den 16. November, 9 Uhr, im Büro der „Arbeiter-Zeitung“, Liegnitz, Parkstraße 8, Pol-Leiter-Sitzung. Alle Ortsgruppen müssen vertreten sein.

Liegnitz im Zeichen von zwei „Revolutions“-Feiern

Am vergangenen Sonntag hatten auch hier, ähnlich wie in anderen Orten, Nazis und SPD. „Revolutions“-Feiern angelegt. Um 8 Uhr morgens rückten zunächst die „Palantzen“-Revolutionäre in Stärke von 50 Mann an. Sie marschierten nach dem Friedhof, als wollten sie die „Revolution“ von 1918 noch einmal begraben. Zum Schutze fuhr vor und hinter diesen „Revolutionären“ ein Auto mit Schupo.

Um 10.30 Uhr kamen die SPD-Revolutionäre an. Die meisten waren allerdings zu Hause geblieben. Im ganzen werden es 700 Mann gewesen sein. Mache, der zur Feier gekommen war, wird nicht gerade erbaudt gewesen sein. Seiner „Fest“-rede hier besondere Erwähnung zu tun, tut nicht not. Schließlich kam es zu einem kleinen Klamant. Beim Hochleben auf die Republik kam vom Palantzen programmäßig „Juda verrede“, und schließlich mußte die Polizei sogar noch eingreifen, so daß die Pleite der SPD. noch so etwas wie einen „dramatischen“ Abschluß bekam.

Auf diese Weise glauben die Herren der SPD., den Faschismus bekämpfen zu können. Wir aber rufen auch Arbeitern von der SPD. und dem Reichskammer zu, Knupp mit uns um die Einheitsfront, im Antifaschistischen Kampfbund gegen den Faschismus. Aufnahmen täglich von 10—12 und 17—19 Uhr, Parkstraße 8, Hinterhaus.

Der Hungerwinter im Anzug!

Die Zahl der Arbeitslosen in Liegnitz-Stadt beträgt zurzeit 1672 männliche und 1576 weibliche, zusammen 3248 Unterhaltungsbedürftige.

Sagan

Die Expediten als beste Einpeitscher der Young-Lasten

In holder Eintracht mit den Zentrumsmitgliedern Januschel und Ehrlich (die Vertreter der katholischen Arbeitsgemeinschaft) würgten sie in der Stadtverordnetenversammlung vom 7. November die Anträge der Kommunisten ab und stellten sich offen als Beschützer und Durchführer des Sparprogramms hin. Ganz offen erklärte der Sozialdemokrat Hoffmann: „Die Anträge mit den Forderungen der Erwerbslosen sind gerechte Forderungen, was auch wir anerkennen. Ich selbst bin längere Zeit arbeitslos und kann es mitfühlen. Auch wir Sozialdemokraten hätten einen Antrag auf Bewilligung nicht von 40 Mark, sondern 70 Mark für das Ehepaar stellen können, aber was hat es für einen Zweck, wenn wir im voraus wissen, daß die Stadt kein Geld hat, und es fraglich ist, ob der Kreis die 70 Mark überhaupt zahlt.“

Genossin Posiliek erklärt im Zwischentritt: Wir hätten dem Antrag der SPD. auf Bewilligung von 70 Mark für das Ehepaar zugestimmt. Es erscheint im Vorzimmer eine Delegation der Erwerbslosen. Die Demonstranten warteten auf den Bericht über das ausgefochtene Resultat der Stadtblätter. Genossin Posiliek verlangte Einlaß und Anführung der entsandten Delegation von vier Mann, was jedoch

Die Erwerbslosen von Sagan werden lebendig

Am Freitag fand hier eine gut besuchte Erwerbslosenversammlung statt. Einleitend wurde vom Versammlungsleiter Genossen Lenhardt auf die bevorstehende Landes-Erwerbslosenkonferenz hingewiesen. Als Delegierte wurden gewählt die Kollegen Dahn, Hauser, Geyper sowie drei Ersatzdelegierte, darunter eine Frau. Dann wurde die Finanzierung dieser Konferenz erläutert. Der Erwerbslosenausschuß konnte mitteilen, daß er Vorfrage getroffen hatte für die Sicherstellung der erforderlichen Unkosten. Er appellierte weiter an alle Kollegen zu reger Mitarbeit, und eine sofort vorgenommene Tellerkassierung brachte über 8 Mark ein. Weiter wurde angeregt, zwei Kollegen aus den Kreisortschaften ebenfalls zu dieser Konferenz zu delegieren. Die Durchführung dieses Vorschlages hängt von der Opferwilligkeit aller Kollegen, auch in den Orten der Kreise Sagan und Sprottau, ab.

Dann berichteten die Genossen über den Stand der Sonderbeihilfe, die von der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion beantragt worden war. In der hieran anschließenden Aussprache wurde das schändliche Treiben der SPD. gebührend, die geschehen hatte, den kommunistischen Antrag abzuwürgen. Durch die Machinationen der SPD. wurden in der Dunkelkammer viel geringere Sätze herausgeholt, als sie der kommunistische Antrag vorsah, so daß für ein Ehepaar im günstigsten Falle 26 Mark zu erwarten sind. Die Stadtverordnetenversammlung war durch die demonstrierenden hungrigen Erwerbslosen auf die Not aufmerksam gemacht worden. Eine Delegation von vier Erwerbslosen, die sich Einlaß in den Sitzungssaal verschaffen wollte, wurde durch die Polizei daran gehindert. Unser Genosse Posiliek war in der Stadtverordnetenversammlung

der Stadtverordnetenvorsteher Feilhauer brutal ablehnte. Genosse Kapol fragte wiederholt, warum der Magistrat zu den Forderungen der Erwerbslosen keine Stellung genommen habe. Die Antwort erteilt ihm der zweite Bürgermeister Starke, welcher verbittert erklärte, es sei noch abhängig von dem Bezirksfürsorgeverband.

Lauban

Eisenbahnerversammlung in Lauban

Am 7. November sprach hier Genosse Landtagsabgeordneter Jendrosch in einer öffentlichen Eisenbahnerversammlung. Er behandelte in seinem Referat die Forderungen, das Bedingewesen und die Auswirkungen der „berühmten“ Brünning-Notverordnungen. Er besprach im einzelnen dann die Maßnahmen der Brüning-Regierung und der Reichsbahnhauptverwaltung und zeigte anschließend daran das verbrecherische Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie im Eisenbahnerverband auf. Er wies nach, daß sich aus diesem Treiben ganz von selbst ergebe, wie richtig demgegenüber die Taktik der revolutionären nähen Gewerkschaftsopposition ist. Er besprach dann die Beschlüsse des 4. RGO.-Kongresses und die Konferenz der revolutionären Eisenbahner vom 25. und 26. Oktober in Leipzig. Die dort gefassten Beschlüsse wurden von den Versammelten freudig begrüßt. Ausklingen ließ Genosse Jendrosch seinen Vortrag in einem Appell zum schärfsten Kampf gegen das heutige Ausbeutungssystem an der Bahn. Die Versammlung war ein Auftakt zur verstärkten Sammlung der Eisenbahner unter den Lösungen der RGO.

Der Stadtvorsteher Feilhauer brutal ablehnte

Genosse Kapol fragte wiederholt, warum der Magistrat zu den Forderungen der Erwerbslosen keine Stellung genommen habe. Die Antwort erteilt ihm der zweite Bürgermeister Starke, welcher verbittert erklärte, es sei noch abhängig von dem Bezirksfürsorgeverband.

Dieses wurde von allen Parteien mit Einschluß der SPD. abgelehnt und die Erwerbslosen waren um eine Erfahrung reicher und um einige Mark ihrer Sonderbeihilfe ärmer. Eine Vertreterin der SPD. machte ihrer Wut über unseren Genossen Kapol durch eine Beschimpfung Luft. Daraufhin erkrankten die Genossin Posiliek und die Genossen Kapol, Lenhardt und ein parteiloser Arbeiter den Erwerbslosen Bericht und wiesen darauf hin, daß sie sich zur restlosen Erläuterung ihrer Sonderbeihilfe rüsten müssen. Es bildete sich sofort eine große Demonstration, die durch die Stadt zog, und auf dem Ringe wurde noch einmal das Verhalten in der Stadtverordnetenversammlung entsprechend angeprangert. Gleichzeitig wurde gegen die Nazisanditen protestiert, die einige unserer Genossen hinter Herkmann gebrückt hatten. Die Demonstration lang aus in dem Ergebnis, für die Familien der Verhafteten im weitestgehender Weise zu sorgen.

Gegen blies Mundgeruch. „Ich will nicht verkümmern, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauche Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur reine weiße Zähne besitze, sondern auch den bei mir sonst üblichen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Sie „Chlorodont“ aus besten empfehlen.“ gen. E. G., Mainz. Man verlange nur die echte Chlorodont-Zahnpaste. Tube 60 Pf. und 1 Pf. sowie jeden Einzel packung.